

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Vorwort</i>	V
<i>Geleitwort</i>	VI
<i>Inhaltsübersicht</i>	VII
<i>Verzeichnis der Bilder</i>	LXV
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	LXVII

Einleitung **Zivilprozess, Zivilprozessrecht, Prozessgrundrechte**

1. Kapitel: Der Zivilprozess	1
2. Kapitel: Das Zivilprozessrecht	1
1. Der Standort	1
2. Zivilrecht und Zivilprozessrecht	2
3. ZPO und Nebengesetze	2
4. Bundes- und Landesrecht	2
5. Zeitliche und örtliche Geltung	2
6. Zwingendes und nachgiebiges Recht	2
7. Die Auslegung des Prozessrechts	3
7.1 Die Methodenvielfalt	3
7.2 Der Sprachgebrauch der ZPO	3
7.3 Die „Prozessökonomie“	4
8. Das europäische Zivilprozessrecht	4
9. Der elektronische Zivilprozess	5
10. Die elektronische Zivilprozessakte	5
10.1 Der Aktenausdruck	5
10.2 Der Gebrauch der elektronischen Akte	6
10.3 Die Akteneinsicht	6
10.4 Das Datenträgerarchiv	7
3. Kapitel: Die Prozessgrundrechte	7
1. Der Rechtsstaat	7
2. Der gesetzliche Richter	7
3. Das rechtliche Gehör	8
3.1 Das Grundrecht jedes Verfahrensbeteiligten	8
3.2 Der Umfang des rechtlichen Gehörs	9
3.3 Die Grenzen des rechtlichen Gehörs	10
3.4 Die Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	10
4. Der allgemeine Gleichheitssatz und das Willkürverbot	12
5. Der Anspruch auf ein faires Verfahren	14
6. Der Anspruch auf effektiven Rechtsschutz	14

1. Buch
Der Landgerichtsprozess
von der Klage bis zum Prozessvergleich
oder rechtskräftigen Urteil

1. Teil
Die Klage

1. Kapitel: Die Vorbereitung der Klage	19
1. Die Anwaltspflichten	19
2. Das Klageziel	20
3. Die Mindestvoraussetzungen einer Klage	20
4. Die Anspruchsgrundlage	21
5. Der Sachverhalt	21
6. Die Beweise	21
7. Das zuständige Gericht	22
8. Die besondere Prozesstaktik	22
9. Wirtschaftliche Überlegungen	22
2. Kapitel: Die Klage im System der ZPO	23
1. Eine Prozesshandlung	23
2. Klage und Urteil	23
3. Die Klagearten der ZPO	23
3. Kapitel: Die Klageschrift	24
1. Der Mindestinhalt der Klageschrift	24
2. Die Form der Klageschrift	25
2.1 Die Schriftform	25
2.2 Die elektronische Klage	26
2.3 Klage und Prozesskostenhilfesuch	27
2.4 Der Anwaltszwang	27
3. Die Bezeichnung der Parteien	28
4. Die Bezeichnung des Gerichts	29
5. Sonstiges	29
5.1 Beweisanträge	29
5.2 Streitwertangabe und Gerichtskostenvorschuss	29
5.3 Entscheidung durch Einzelrichter	29
5.4 Abschriften	29
5.5 Anlagen	29
5.6 Prozessvollmacht	29
4. Kapitel: Der Klageantrag	30
1. Klageantrag und Urteil	30
2. Der bestimmte Klageantrag	30
3. Der bestimmte Leistungsantrag	30
3.1 Der Gegenstand der Leistungsklage	30
3.2 Die Zahlungsklage	31
3.3 Die Haftungsklage auf Duldung der Zwangsvollstreckung	32
3.4 Die Herausgabe- und Räumungsklage	32

3.5	Die Klage auf eine vertretbare Handlung	33
3.6	Die Klage auf eine unvertretbare Handlung	35
3.7	Die Duldungs- und Unterlassungsklage	36
3.8	Die Klage auf Abgabe einer Willenserklärung	37
3.9	Die Teilklage über mehrere Ansprüche	39
4.	Der bestimmte Feststellungsantrag	40
5.	Der bestimmte Gestaltungsantrag	40
6.	Der unbestimmte Klageantrag als Ausnahme	41
6.1	Die Stufenklage	41
6.2	Die unbezifferte Schmerzensgeldklage	41
6.3	Sonstige unbezifferte Zahlungsklagen	42
7.	Der unbedingte Klageantrag	42
8.	Anträge zu Kosten und vorläufiger Vollstreckbarkeit	42
5. Kapitel:	Die Begründung der Klage	43
1.	Der Sachverhalt	43
2.	Zulässigkeit und Schlüssigkeit der Klage	43
3.	Die rechtliche Begründung der Klage	43
6. Kapitel:	Die fehlerhafte Klageschrift	44
1.	Der Formfehler	44
2.	Die falsche Parteibezeichnung	44
3.	Der unbestimmte Klageantrag oder Klagegrund	45
7. Kapitel:	Die anhängige Klage	46
1.	Der Eingang der Klage bei Gericht	46
2.	Die Vorwirkungen der Rechtshängigkeit	46
8. Kapitel:	Die Zustellung der Klage	48
1.	Das gesetzliche System	48
1.1	Was ist zuzustellen?	48
1.2	Die Zustellungsreform	48
1.3	Ein methodischer Fragenkatalog	49
2.	Begriff und Wirkung der Zustellung	49
3.	Die Notwendigkeit der Zustellung	50
4.	Amts- und Parteizustellung	51
5.	Der Adressat der Zustellung	51
6.	Die Ersatzzustellung	52
6.1	Die Zustellung an eine andere Person als den Adressaten	52
6.2	Die Verweigerung der Annahme durch den Adressaten	53
6.3	Die Ersatzzustellung in der Wohnung, im Geschäftsraum oder in einer Gemeinschaftseinrichtung	53
6.4	Die Ersatzzustellung durch Einwurf in den Briefkasten	54
6.5	Die Ersatzzustellung durch Niederlegung	54
7.	Der Gegenstand der Zustellung	55
8.	Ort und Zeit der Zustellung	56
9.	Die Ausführung der Zustellung	56
9.1	Die Amtszustellung	56
9.2	Die Parteizustellung	56

10. Der Nachweis der Zustellung	56
10.1 Der amtliche Zustellungsvermerk	56
10.2 Die Zustellungsurkunde	57
10.3 Das Empfangsbekenntnis	57
11. Die Zustellung im Ausland	58
12. Die öffentliche Zustellung	58
12.1 Die Voraussetzungen	58
12.2 Bewilligung und Vollzug	59
13. Die fehlerhafte Zustellung	59
13.1 Zustellungs- und Beurkundungsfehler	59
13.2 Die Heilung von Zustellungsfehlern	61
9. Kapitel: Die Rechtshängigkeit der Klage	62
1. Die Voraussetzungen der Rechtshängigkeit	62
2. Der Gegenstand der Rechtshängigkeit	62
2.1 Der Streitgegenstand oder prozessuale Anspruch	62
2.2 Die unzulässige Klage	64
3. Die Rechtsfolgen der Rechtshängigkeit	64
3.1 Das Prozesshindernis der Rechtshängigkeit	64
3.2 Die Erhaltung der Zuständigkeit	65
3.3 Materiellrechtliche Wirkungen der Rechtshängigkeit	66
10. Kapitel: Der Streitgegenstand oder prozessuale Anspruch	67
1. Ein geheimnisvoller Rechtsbegriff	67
2. Der prozessuale und der materielle Anspruch	68
3. Klageantrag und Klagegrund	69
4. Ein Klagegrund oder mehrere Klagegründe	70
11. Kapitel: Die Klagbarkeit	75
1. Eine Prozessvoraussetzung	75
2. Die Beschränkung der Klagbarkeit durch Vertrag	76
3. Die Beschränkung der Klagbarkeit durch Vereinsatzung	76
12. Kapitel: Das Rechtsschutzbedürfnis für eine Klage	77
1. Eine Prozessvoraussetzung	77
2. Die Leistungsklage als gesetzlicher Normalfall	77
3. Die Teilklage	78
4. Die Unterlassungsklage	78
5. Die Klage auf Unterlassung von Prozessbehauptungen	79
6. Die Klage aus einem Vollstreckungstitel	80
7. Der schnellere und billigere Weg	81
8. Die unmögliche Leistung	82
9. Die Klage aus einem Vorvertrag	82
10. Die Klage aus einem fremden Recht	82

2. Teil
Besondere Klagearten

1. Kapitel: Das System der ZPO	83
2. Kapitel: Die Stufenklage	83
1. Die gesetzliche Konstruktion	83
1.1 Eine Klagenhäufung mit unbestimmtem Zahlungs- oder Herausgabeantrag	83
1.2 Der Anwendungsbereich der Stufenklage	84
1.3 Der Vorteil der Stufenklage	85
2. Verhandlung und Entscheidung Stufe für Stufe	85
2.1 Regel und Ausnahme	85
2.2 Erste Stufe: Der Anspruch auf Auskunft	86
2.3 Zweite Stufe: Der Anspruch auf eidesstattliche Versicherung	87
2.4 Dritte und letzte Stufe: Der Anspruch auf Zahlung oder Herausgabe ..	88
3. Das Problem der Stufenklage und seine Lösung	89
3.1 Die unergiebigte Auskunft	89
3.2 Antrag auf eidesstattliche Versicherung	89
3.3 Bezifferung des Zahlungsanspruchs	89
3.4 Klagerücknahme	89
3.5 Erledigung der Hauptsache	89
3.6 Der materiellrechtliche Kostenerstattungsanspruch	90
3.7 Das Fazit	90
4. Der Streitwert der Stufenklage	91
5. Die Prozesskostenhilfe für die Stufenklage	91
3. Kapitel: Die Klage auf künftige Leistung	91
1. Die künftige Leistung	91
2. Die Sonderfälle der §§ 257, 258	92
3. Die Generalklausel des § 259	93
4. Kapitel: Die Feststellungsklage	93
1. Das Klageziel	93
2. Die Zulässigkeit der Feststellungsklage	95
3. Der Gegenstand der Feststellungsklage: ein Rechtsverhältnis	95
3.1 Eine rechtliche Beziehung zwischen Personen	95
3.2 Ein gegenwärtiges Rechtsverhältnis	97
3.3 Das Rechtsverhältnis mit und zwischen Dritten	98
3.4 Tatsachen und Tatbestandsmerkmale	98
4. Das Feststellungsinteresse	99
4.1 Das rechtliche Interesse	99
4.2 Das Interesse an alsbaldiger Feststellung	100
4.3 Feststellungs- und Leistungsklage	101
5. Die negative Feststellungsklage	102
5.1 Die Verneinung eines Rechtsverhältnisses	102
5.2 Die Behauptungs- und Beweislast für und gegen eine negative Feststellungsklage	103

5.3	Die negative Feststellungsklage gegen einen bezifferten und gegen einen unbezifferten Anspruch	103
5.4	Positive und negative Feststellungsklage	104
5.5	Negative Feststellungsklage und Leistungswiderklage	104
6.	Die Zwischenfeststellungsklage	104
7.	Die Musterfeststellungsklage	106
7.1	Der Verbraucherschutz im Zivilprozess	106
7.2	Die neue Klageart im System der ZPO	106
7.3	Die Prozessparteien	107
7.4	Die Klageschrift	107
7.5	Das Klageregister	107
7.6	Zuständigkeit und Verfahren	108
7.7	Urteil und Rechtsmittel	108
7.8	Der Vergleich	109
5. Kapitel:	Die Gestaltungsklage	109
1.	Die Rechtsänderung durch Klage und Urteil	110
2.	Das Gestaltungsrecht und die Rechtskraft des Urteils	110
3.	Der numerus clausus der Gestaltungsklagen	111
6. Kapitel:	Die Abänderungsklage	112
1.	Ziel und Gegenstand der Abänderungsklage	112
2.	Die Abgrenzung der Abänderungsklage von anderen Rechtsbehelfen	113
2.1	Einspruch oder Abänderungsklage	113
2.2	Berufung oder Abänderungsklage	113
2.3	Nachforderungsklage oder Abänderungsklage	113
2.4	Vollstreckungsabwehrklage oder Abänderungsklage	114
3.	Die Zulässigkeit der Abänderungsklage gegen ein Rentenurteil	114
3.1	Besondere Prozessvoraussetzungen	114
3.2	Die Verurteilung zu einer veränderlichen Rente	115
3.3	Die nachträgliche, wesentliche Änderung der Bemessungsgrundlage	116
3.4	Die Anpassung erst ab Klageerhebung	117
4.	Die Zulässigkeit der Abänderungsklage gegen einen Prozessvergleich oder eine vollstreckbare Urkunde	117
5.	Das Verfahren der Abänderungsklage	118
6.	Die Entscheidung über die Abänderungsklage	118
7. Kapitel:	Die Vollstreckungsabwehrklage	119
1.	Ziel und Gegenstand der Vollstreckungsabwehrklage	119
2.	Die Abgrenzung der Vollstreckungsabwehrklage von anderen Rechtsbehelfen	120
2.1	Einspruch und Rechtsmittel	120
2.2	Die Wiederaufnahme des Rechtsstreits	120
2.3	Die Klage auf Feststellung und auf Herausgabe des Titels	120
2.4	Die Abänderungsklage	121
2.5	Die Vollstreckungserinnerung	121
2.6	Die Klage gegen die Vollstreckungsklausel	121
2.7	Die Fortsetzung des alten Prozesses nach Streit über die Wirksamkeit eines Prozessvergleichs	122

3.	Die Zulässigkeit der Vollstreckungsabwehrklage	122
3.1	Das gesetzliche System	122
3.2	Die Vollstreckungsabwehrklage gegen ein Leistungsurteil	122
3.3	Die Vollstreckungsabwehrklage gegen andere Vollstreckungstitel	123
3.4	Ein noch unverbrauchter Vollstreckungstitel	124
4.	Die zulässigen Einwendungen gegen den titulierten Anspruch	124
4.1	Einwendungen gegen ein Leistungsurteil	124
4.2	Einwendungen gegen ein Urteil über eine Vollstreckungsabwehrklage .	126
4.3	Einwendungen gegen andere Vollstreckungstitel	127
5.	Die Parteien der Vollstreckungsabwehrklage und die Beweislast	128
6.	Die Zuständigkeit für die Vollstreckungsabwehrklage	129
7.	Verfahren und Entscheidung über die Vollstreckungsabwehrklage	129
7.1	Ein neues Streitverfahren	129
7.2	Die einstweilige Anordnung auf Einstellung der Zwangsvollstreckung .	130
7.3	Das Urteil über die Vollstreckungsabwehrklage	130
8.	Kapitel: Die Drittwiderspruchsklage	131
1.	Ziel und Gegenstand der Drittwiderspruchsklage	131
1.1	Eine prozessuale Gestaltungsklage	131
1.2	Vollstreckungsrecht und materielles Recht	125
1.3	Der Gegenstand der Drittwiderspruchsklage	132
2.	Die Abgrenzung der Drittwiderspruchsklage von anderen Rechtsbehelfen ..	132
2.1	Unterlassungs-, Herausgabe- und Feststellungsklage	132
2.2	Die Herausgabeklage gegen den Schuldner	132
2.3	Die Herausgabeklage gegen den Drittschuldner	132
2.4	Die Aussonderung	133
2.5	Die Vollstreckungserinnerung	133
3.	Die Zulässigkeit der Drittwiderspruchsklage	133
4.	Die rechtswidrige Vollstreckungsmaßnahme	134
5.	Die zeitliche Grenze der Drittwiderspruchsklage	134
6.	Das Widerspruchsrecht des Dritten	135
6.1	Der rechtswidrige Vollstreckungszugriff auf schuldnerfremdes Vermögen	135
6.2	Das Eigentum des Dritten	135
6.3	Die Verwaltungstreuhand	137
6.4	Die Sicherungstreuhand	138
6.5	Das beschränkte dingliche Recht des Dritten	139
6.6	Der Besitz des Dritten	140
6.7	Der Herausgabeanspruch des Dritten	140
6.8	Das Forderungsrecht des Dritten	140
6.9	Sonstige Rechte des Dritten	141
7.	Die Einwendungen des Beklagten gegen die Drittwiderspruchsklage	141
8.	Parteien und Gericht des Widerspruchsprozesses	142
9.	Verfahren und Entscheidung über die Drittwiderspruchsklage	142
9.	Kapitel: Die Klage auf bevorzugte Befriedigung	143

3. Teil
Das schriftliche Vorverfahren

1. Kapitel: Das gesetzliche System	145
1. Schriftliches Vorverfahren oder früher erster Termin	145
2. Der Ablauf des schriftlichen Vorverfahrens und seine Rechtsfolgen	145
2. Kapitel: Wie kann der Beklagte auf die Klage reagieren?	146
1. Die Säumnis des Beklagten im schriftlichen Vorverfahren	147
2. Das Anerkenntnis des Beklagten im schriftlichen Vorverfahren	147
3. Die Versäumung der Klageerwiderungsfrist	147
4. Zulässigkeitsrügen des Beklagten	148
5. Das Geständnis des Beklagten	148
6. Das Nichtbestreiten des Beklagten	148
7. Das schlichte Bestreiten des Beklagten	148
8. Das Bestreiten des Beklagten mit Nichtwissen	149
9. Das substantiierte Bestreiten des Beklagten	149
10. Anspruchshindernde Einwendungen des Beklagten	149
11. Anspruchsvernichtende Einwendungen des Beklagten	149
12. Anspruchshemmende Einreden des Beklagten	150
13. Hilfsaufrechnung und Hilfswiderklage des Beklagten	150
3. Kapitel: Die Säumnis des Beklagten im schriftlichen Vorverfahren	151
4. Kapitel: Das Anerkenntnis des Beklagten im schriftlichen Vorverfahren	151
1. Das prozessuale Anerkenntnis	151
2. Die Zulässigkeit des Anerkenntnisses	152
3. Die Rechtsfolge des Anerkenntnisses	153
5. Kapitel: Das Behaupten und Bestreiten im Zivilprozess	153
6. Kapitel: Das Nichtbestreiten und das Geständnis im Zivilprozess	154
1. Die Rechtsfolge unstreitiger Tatsachen	154
2. Das Nichtbestreiten	155
3. Das Geständnis	155
3.1 Voraussetzung und Rechtsfolge	155
3.2 Das unwirksame Geständnis	156
3.3 Der Widerruf des Geständnisses	156
3.4 Das außergerichtliche Geständnis	156
7. Kapitel: Das Bestreiten im Zivilprozess	157
1. Die Verneinung einer Tatsachenbehauptung des Prozessgegners	157
2. Die Rechtsfolge wirksamen Bestreitens	157
3. Das wirksame Bestreiten	157
3.1 Die gesetzliche Grundlage	157
3.2 Schlichtes und substantiiertes Bestreiten	157
3.3 Das Bestreiten mit Nichtwissen	158
3.4 Die Substantiierungslast	158

8. Kapitel: Die Einwendungen und Einreden im Zivilprozess	159
1. Die Verteidigung mit Gegennormen	159
2. Einwendung oder Einrede und Bestreiten	159
3. Die Wirkung der Einwendungen und Einreden im Zivilprozess	159
4. Einwendung oder Einrede und was sie unterscheidet	160
9. Kapitel: Die Aufrechnung im Zivilprozess	161
1. Rechtsgeschäft und Prozesshandlung	161
2. Die Zulässigkeit der Prozessaufrechnung	162
2.1 Rechtsweg und Zuständigkeit	162
2.2 Der unzulässige Aufrechnungseinwand	162
2.3 Der vereinbarte oder gesetzliche Ausschluss der Aufrechnung	163
3. Die Wirkung der Prozessaufrechnung	163
3.1 Nach materiellem Recht	163
3.2 Die rechtskräftige Entscheidung über die Gegenforderung	163
3.3 Keine Rechtshängigkeit der aufgerechneten Gegenforderung	164
4. Die Hilfsaufrechnung im Prozess	165
4.1 Ein nachrangiges Verteidigungsmittel	165
4.2 Die Wirkung der Hilfsaufrechnung	165
4.3 Hilfsaufrechnung und Verjährung	166
4.4 Hilfsaufrechnung und Bedingungsverbot	166
10. Kapitel: Die Antwort des Klägers auf die Verteidigung des Beklagten ..	167

4. Teil

Die Vorbereitung des Haupttermins

1. Kapitel: Die rechtlichen Grundlagen der Terminsvorbereitung	168
2. Kapitel: Die Entscheidungsreife	168
1. Wann ist der Prozess entscheidungsreif?	168
2. Die prozessuale Förderung der Entscheidungsreife	169
3. Kapitel: Der Beibringungsgrundsatz	169
1. Die Parteiherrschaft über den Sachverhalt	169
2. Die Bindung des Gerichts an den Tatsachenvortrag der Parteien	170
3. Die Tatsachenbehauptungen der Parteien	171
4. Die Beweise im Zivilprozess	172
5. Rechtsanwendung und Beweiswürdigung	172
4. Kapitel: Die Arbeit am Sachverhalt im Zivilprozess	173
1. Klage- und Verteidigungsvortrag	173
2. Tatsachen und Rechtsbegriffe	173
3. Aktuelle und überholte Tatsachen	173
4. Unstreitige und streitige Tatsachen	174
5. Akten und mündliche Verhandlung	174
5. Kapitel: Die Zulässigkeit der Klage und die Prozessvoraussetzungen ..	174
1. Die zulässige und die unzulässige Klage	174
2. Die Prüfung von Amts wegen	174
3. Der prozessuale Vorrang der Zulässigkeitsprüfung	175

4. Der maßgebliche Zeitpunkt für die Zulässigkeit der Klage	176
5. Der Katalog der Prozessvoraussetzungen	176
5.1. Allgemeine Prozessvoraussetzungen	176
5.2. Besondere Prozessvoraussetzungen	177
5.3. Prozesseinreden oder -hindernisse	177
6. Kapitel: Die Schlüssigkeit des Parteivorbringens	178
1. Eine rein rechtliche Prüfung	178
1.1 Der unstreitige Sachverhalt	178
1.2 Der streitige Sachverhalt	178
1.3 Ist der Sachverhalt des Klägers schlüssig?	178
1.4 Ist der Sachverhalt des Beklagten schlüssig?	179
1.5 Ist Beweis zu erheben und worüber?	179
2. Die methodische Lösung eines Prozessfalles	179
3. Die ungünstige Tatsachenbehauptung	180
4. Die Anforderungen an das tatsächliche Parteivorbringen	181
4.1 Tatsachenbehauptungen und Rechtsbegriffe	181
4.2 Die Reaktion des Gegners	181
4.3 Der Normalfall	182
4.4 Die Substantiierungslast als Ausnahme	182
7. Kapitel: Die Behauptungs- und Beweislast	184
1. Das Fundament des Zivilrechts	184
1.1 Keine Pflicht, nur eine Last	184
1.2 Die Beweislast im engeren und weiteren Sinn	184
1.3 Tatsachen und Rechtsfolgen	184
1.4 Die Definition der Behauptungs- und Beweislast	185
2. Die rechtliche Tragweite der Behauptungs- und Beweislast	185
2.1 Für Klage und Verteidigung	185
2.2 Für das Gericht	186
3. Die gesetzlichen Beweislastregeln	187
3.1 Ein Bestandteil des materiellen Rechts	187
3.2 Die Art und Weise, wie das Gesetz die Beweislast verteilt	187
4. Die ungeschriebene Regel der Behauptungs- und Beweislast	187
5. Rechtsgrundlagen, Gegennormen und Hilfsnormen	188
5.1 Die Rechtsgrundlagen	188
5.2 Die Gegennormen	189
5.3 Die Ausnahmen von Gegennormen	189
5.4 Die Hilfsnormen	190
5.5 Das System des Zivilrechts	190
6. Die Beweislastregel für Ansprüche	190
7. Die Beweislast für und gegen eine negative Feststellungsklage	192
8. Die Beweislast für negative Tatsachen	193
9. Die gesetzlichen Vermutungen	194
9.1 Die Umkehr der Behauptungs- und Beweislast	194
9.2 Gesetzliche Tatsachen- und Rechtsvermutungen	195
9.3 Der Beweis des Gegenteils	195
10. Ungesetzliche Vermutungen	196

10.1	Rechtsprechung contra legem	196
10.2	Die Beraterhaftung	197
10.3	Die Arzthaftung	197
10.4	Die Verletzung einer besonderen Berufspflicht oder eines Schutzgesetzes	198
11.	Die tatsächliche Vermutung und der Anscheinsbeweis	198
8. Kapitel:	Die Aufklärungspflicht des Gerichts	199
1.	Sinn und Zweck der gerichtlichen Aufklärung	199
1.1	Der gesetzliche Schutz vor Überraschungsentscheidungen	199
1.2	Der Adressat des gerichtlichen Hinweises	199
1.3	Keine Amtsermittlung	200
2.	Umfang und Grenzen der gerichtlichen Aufklärung	200
3.	Der gerichtliche Hinweis auf einen falschen Antrag	201
4.	Der gerichtliche Hinweis auf die Unzulässigkeit der Klage oder des Rechtsmittels	202
5.	Der gerichtliche Hinweis auf ein unschlüssiges Parteivorbringen	202
6.	Kein gerichtlicher Hinweis auf eine künftige Rechtsgestaltung	203
7.	Der gerichtliche Hinweis auf fehlende oder unzulässige Beweisangebote	204
8.	Der gerichtliche Hinweis auf die rechtliche Wertung	205
9.	Der gerichtliche Hinweis zur Beweiswürdigung	206
10.	Das Rechtsgespräch mit den Parteien	207
11.	Die Art und Weise der gerichtlichen Aufklärung	207
12.	Die Verletzung der gerichtlichen Aufklärungspflicht	208
9. Kapitel:	Die prozessuale Vorbereitung des Haupttermins	209
1.	Vorbereitende Verfügung oder Beweisbeschluss	209
2.	Die Vorberatung des Richterkollegiums	209
3.	Die Terminsbestimmung	209
4.	Gerichtliche Hinweise	210
5.	Die Vorlage von Urkunden	210
6.	Die Vorlage von Augenscheinsobjekten	210
7.	Beiakten und amtliche Auskünfte	211
8.	Das persönliche Erscheinen der Parteien	211
9.	Die Vorladung von Zeugen und die schriftliche Zeugenaussage	212
10.	Der Sachverständigenbeweis	212
11.	Die Auslagenvorschüsse	213
12.	Der Augenschein im Haupttermin	213
13.	Letzte Vorbereitungsmaßnahmen	213

5. Teil

Die Grundsätze des Haupttermins

1. Kapitel:	Die Öffentlichkeit	214
1.	Der Prozess auf offener Bühne	214
2.	Was ist öffentlich im Zivilprozess?	214
3.	Die Ausnahmen von der Öffentlichkeit	215
4.	Die Verletzung der Öffentlichkeit	215

2. Kapitel: Die Mündlichkeit	216
1. Der mündliche Prozess und die Praxis	216
2. Die mündliche Verhandlung und das schriftliche Verfahren	216
3. Der Umfang der Mündlichkeit	217
4. Die rechtliche Tragweite der Mündlichkeit	218
5. Die Ausnahmen von der Mündlichkeit	218
6. Die Gerichtssprache	219
3. Kapitel: Die Einheit der mündlichen Verhandlung und die letzte mündliche Verhandlung	219
4. Kapitel: Die Unmittelbarkeit der Verhandlung und Beweisaufnahme ...	220
5. Kapitel: Die Prozessbeschleunigung durch sorgfältiges Prozessieren	221
1. Die Prozessförderungspflicht des Gerichts	221
2. Die Prozessförderungspflicht der Parteien	221
6. Kapitel: Verspätete Angriffs- und Verteidigungsmittel	222
1. Das gesetzliche System	222
1.1 Das Parteivorbringen in der mündlichen Verhandlung	223
1.2 Das Parteivorbringen nach Schluss der mündlichen Verhandlung	223
1.3 Das verspätete Parteivorbringen vor Schluss der mündlichen Verhandlung	224
2. Verspätetes Vorbringen und rechtliches Gehör	225
3. Die Prozessverzögerung durch Versäumung einer richterlichen Frist	225
3.1 Die Voraussetzungen	225
3.2 Die Angriffs- und Verteidigungsmittel	226
3.3 Die Versäumung einer bestimmten richterlichen Frist	226
3.4 Die Verzögerung des Prozesses	227
3.5 Die Entschuldigung der Partei für die Verspätung ihres Vorbringens	229
3.6 Die Lösung der Fälle	229
4. Die Prozessverzögerung durch grob nachlässige Verletzung der Prozessförderungspflicht	230
5. Verspätete verzichtbare Zulässigkeitsrügen	231
6. Die Entscheidung über das verspätete Parteivorbringen	231
6.1 Die Form der Entscheidung	231
6.2 Die Rechtsfolge der Zurückweisung	232
6.3 Die falsche Entscheidung	232
7. Kapitel: Die Prozessfristen	233
1. Handlungs- und andere Fristen	233
2. Die Ausschlussfristen	233
3. Gesetzliche und gerichtliche Fristen	233
4. Die Notfristen	233
5. Die Änderung gewöhnlicher Fristen	233
6. Die Terminsverlegung in der Ferienzeit	234
7. Die Berechnung der Fristen	234

8. Kapitel: Das Sitzungsprotokoll	235
1. Der Inhalt des Sitzungsprotokolls	235
2. Die Form des Sitzungsprotokolls	235
3. Die Beweiskraft des Sitzungsprotokolls	236
4. Die Berichtigung des Sitzungsprotokolls	237

6. Teil

Die mündliche Verhandlung

1. Kapitel: Die Verhandlungsleitung	238
1. Die Aufgabe des Vorsitzenden	238
2. Die äußere Ordnung der Verhandlung	238
3. Die Würde des Gerichts	239
2. Kapitel: Der Ablauf der mündlichen Verhandlung	240
1. Die Zivilprozessreform 2002	240
2. Güteverhandlung und Haupttermin	241
3. Die Güteverhandlung	241
3.1 Wann, wo, wie und mit welchem Ergebnis?	241
3.2 Der Aufruf der Sache	242
3.3 Die Anwesenheit der Verfahrensbeteiligten	242
3.4 Die Einführung des Vorsitzenden in den Streit- und Sachstand	242
3.5 Die Anhörung der Parteien	243
3.6 Das Ergebnis der Güteverhandlung	243
4. Die eigentliche mündliche Verhandlung	243
4.1 Die Verlesung der Sachanträge	243
4.2 Die Vorträge der Parteien	244
4.3 Wortmeldungen der Parteien	244

7. Teil

Die Beweisaufnahme

1. Kapitel: Der Beweis im Zivilprozess	245
1. Der vielschichtige Begriff des Beweises	245
2. Vollbeweis und Glaubhaftmachen	246
2.1 Der Vollbeweis	246
2.2 Das Glaubhaftmachen	246
3. Streng- und Freibeweis	246
3.1 Der Strengbeweis	246
3.2 Der Freibeweis	247
3.3 Der Nachweis ausländischen Rechts	248
4. Der Indizienbeweis	248
4.1 Der mittelbare Beweis über Hilfsstatsachen	249
4.2 Die streitige Haupttatsache	249
4.3 Brauchbare und unbrauchbare Indizien	250
4.4 Unstreitige und streitige Indizien	250
4.5 Die Beweislast für Indizien	250

5.	Der Anscheinsbeweis	251
5.1	Der erste Anschein nach der Lebenserfahrung	251
5.2	Der Anscheinsbeweis im Schadensersatzprozess	253
5.3	Der Anscheinsbeweis außerhalb des Schadensersatzprozesses	255
2. Kapitel:	Der zulässige Beweis	256
1.	Streng- und Freibeweis	256
2.	Parteirüge und Rügeverlust	257
3.	Das Verwertungsverbot	257
3. Kapitel:	Der notwendige Beweis	258
1.	Die allgemeine Regel	258
2.	Offenkundige Tatsachen	258
3.	Die Überzeugung des Gerichts ohne Beweisaufnahme	259
4. Kapitel:	Der vereitelte Beweis	259
1.	Die Verhinderung fremder Beweisführung	260
2.	Die Rechtsfolge der Beweisvereitelung	261
5. Kapitel:	Der Beweisantrag	262
1.	Inhalt und Form	262
2.	Beweisantrag und Beweisaufnahme von Amts wegen	263
3.	Die Ablehnung eines Beweisantrags	263
3.1	Die allgemeine Regel	263
3.2	Der unzulässige Beweisantrag	264
3.3	Der unerhebliche Beweis	264
3.4	Der überflüssige Beweis	264
3.5	Der wertlose Beweis	265
3.6	Die eigene Sachkunde des Gerichts	265
3.7	Die Wahrunterstellung	266
6. Kapitel:	Die Beweisanordnung	266
1.	Förmlich oder formlos	266
2.	Der Beweisbeschluss	266
7. Kapitel:	Das Beweisverfahren	267
1.	Beweisaufnahme und mündliche Verhandlung	267
2.	Die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	267
3.	Die Parteiöffentlichkeit der Beweisaufnahme	268
4.	Hindernisse auf dem Weg zur Beweisaufnahme	268
5.	Die Beweiseinreden	268
6.	Die Beweisaufnahme im Ausland	269
7.	Die Parteirechte nach einer Beweisaufnahme	269
8. Kapitel:	Die freie Beweiswürdigung	269
1.	Eine heikle Aufgabe	269
2.	Wahrheit und Überzeugung	270
3.	Freie Beweiswürdigung und gesetzliche Beweisregeln	271
4.	Freie Beweiswürdigung und außerrechtliche Bindung	272
5.	Freie Beweiswürdigung und Beweisvertrag	273
6.	Beweis- und Streitstoff	274

6.1	Der gesamte Prozessstoff	274
6.2	Der Beweisstoff	274
6.3	Der Streitstoff	275
6.4	Das Prozessverhalten der Parteien	276
6.5	Das Gesamturteil über die Wahrheit einer streitigen Behauptung	276
7.	Die Beweiswürdigung im Urteil	277
7.1	Inhalt und Umfang der schriftlichen Begründung	277
7.2	Die Methode der Beweiswürdigung	278
9.	Kapitel: Die Schadensschätzung	278
1.	Schätzung statt Vollbeweis	278
2.	Schadensersatz und andere Leistungen	279
3.	Haftungsgrund und Schadenshöhe	279
4.	Die prozessuale Erleichterung durch die Schadensschätzung	281
4.1	Die Behauptungslast	281
4.2	Die Beweise	281
4.3	Die Schätzung selbst	282
4.4	Schadensschätzung und Beweislast	282
4.5	Die Schätzung im Urteil	283
10.	Kapitel: Der gerichtliche Augenschein	283
1.	Der Beweis mit den Augen und den anderen Sinnen	283
2.	Der Beweiswert des Augenscheins	283
3.	Das Beweisverfahren zum Augenschein	284
4.	Hindernisse auf dem Weg zum Augenschein	285
11.	Kapitel: Der Urkundenbeweis	286
1.	Die Urkunde im Zivilprozess	286
2.	Die Beweiskraft der Urkunde	286
2.1	Gesetzliche Beweisregeln	286
2.2	Äußere Mängel der Urkunde	287
3.	Öffentliche Urkunden	287
3.1	Die Echtheit öffentlicher Urkunden	287
3.2	Öffentliche Urkunden über Willenserklärungen	288
3.3	Öffentliche Urkunden über amtliche Entscheidungen	288
3.4	Öffentliche Zeugnisurkunden	289
4.	Privaturkunden	290
4.1	Die Echtheit der Privaturkunde	290
4.2	Blankunterschrift und Blankettfälschung	290
4.3	Die Beweiskraft der Privaturkunde	291
5.	Die Beweiskraft elektronischer Dokumente	292
5.1	Das private elektronische Dokument	292
5.2	Das öffentliche elektronische Dokument	292
5.3	Die gescannte öffentliche Urkunde	293
5.4	Der Ausdruck eines öffentlichen elektronischen Dokuments	293
6.	Das Verfahren zum Urkundenbeweis	293
6.1	Die Urkunde befindet sich in Händen des Beweisführers	293
6.2	Die Urkunde befindet sich in Händen des Gegners	293
6.3	Die Urkunde befindet sich in Händen eines Dritten	294

6.4 Die Urkunde befindet sich in amtlichem Gewahrsam	294
7. Beweisprotokolle aus anderen Verfahren	295
8. Privatgutachten	295
12. Kapitel: Der Zeugenbeweis	296
1. Zeuge oder Sachverständiger?	296
2. Vernehmung als Zeuge oder als Partei?	297
3. Die Vernehmungsfähigkeit der Beweisperson	298
4. Die Zeugenpflichten	298
5. Die Pflicht des Zeugen zum Erscheinen	298
6. Die Säumnis des Zeugen	299
7. Die Aussagepflicht und das Zeugnisverweigerungsrecht	299
7.1 Die Pflicht des Zeugen zur Aussage und ihre Ausnahmen	299
7.2 Das Zeugnisverweigerungsrecht	300
7.3 Das Recht des Zeugen, einzelne Antworten zu verweigern	301
7.4 Die Ausübung des Zeugnisverweigerungsrechts	301
7.5 Die Belehrung über das Verweigerungsrecht	301
8. Die Eidespflicht des Zeugen	302
9. Das Verfahren zum Zeugenbeweis	302
9.1 Der Beweisantrag	302
9.2 Die Beweisanordnung	303
9.3 Die Beweisaufnahme	303
10. Der Ablauf der Zeugenvernehmung	304
10.1 Die Zeugenbelehrung	304
10.2 Die Vernehmung des Zeugen zur Person	304
10.3 Die Vernehmung des Zeugen zur Sache	304
10.4 Fragen des Gerichts und der Parteien an den Zeugen	304
10.5 Die Genehmigung der Zeugenaussage	305
10.6 Die Vereidigung des Zeugen	305
10.7 Die Entlassung des Zeugen	305
10.8 Die Beweiswürdigung durch die Parteien	305
10.9 Das Vernehmungsprotokoll	305
11. Das Verfahren nach einer Zeugnisverweigerung	306
11.1 Die unstreitig berechnigte oder grundlose Zeugnisverweigerung	306
11.2 Der Streit über das Zeugnisverweigerungsrecht	306
12. Praktische Schlussfolgerungen aus der Vernehmungspsychologie	307
12.1 Der Zeuge und der Richter	307
12.2 Die Planung der Zeugenvernehmung	307
12.3 Die Autorität des Gerichts	307
12.4 Die Kontaktaufnahme	308
12.5 Der Bericht des Zeugen zum Beweisthema	309
12.6 Das Verhör durch kurze, klare Fragen an den Zeugen	309
12.7 Die Vernehmungstechnik	310
12.8 Die Vernehmungssprache	311
12.9 Das Vernehmungsprotokoll	311
13. Die Schwächen der Zeugenaussage	312
13.1 Das Problem	312
13.2 Die objektive Wahrnehmungsmöglichkeit des Zeugen	312

13.3	Die subjektive Wahrnehmungsfähigkeit des Zeugen	313
13.4	Deutung und Verarbeitung des Wahrgenommenen durch den Zeugen	313
13.5	Die Wahrnehmungsbereitschaft des Zeugen	313
13.6	Die objektive Erinnerungsmöglichkeit des Zeugen	314
13.7	Das subjektive Erinnerungsvermögen des Zeugen	314
13.8	Erinnerungsschätzungen des Zeugen	315
13.9	Die sprachliche Wiedergabefähigkeit des Zeugen	315
13.10	Die Wahrheitsliebe des Zeugen	316
14.	Die methodische Würdigung der Zeugenaussage	316
14.1	Inhalt, Ergiebigkeit und Überzeugungskraft der Zeugenaussage	316
14.2	Gefährliche „Alltagstheorien“ der Praxis	316
14.3	Wahrheit, Irrtum und Lüge in einer Zeugenaussage	317
14.4	Die Gesamtwürdigung einer Zeugenaussage	318
13. Kapitel:	Der Sachverständigenbeweis	319
1.	Der Experte als Beweismittel	319
2.	Die Befähigung zum und die Auswahl des Sachverständigen	320
3.	Das Beweisthema des Sachverständigenbeweises	320
3.1	Eine streitige und erhebliche Tatsachenbehauptung	320
3.2	Der vorgegebene Sachverhalt	321
3.3	Der spezielle streitige Befund	321
3.4	Der Sachverständige und das Gericht	322
4.	Die Ablehnung des Sachverständigen	322
4.1	Die Besorgnis der Befangenheit	32
4.2	Der Ablehnungsantrag	323
4.3	Die Entscheidung über den Ablehnungsantrag	323
4.4	Die Wirkung der erfolgreichen Ablehnung des Sachverständigen	324
5.	Die Pflichten des Sachverständigen	324
5.1	Die Pflicht zur Erstattung des Gutachtens	324
5.2	Die Pflicht, das Gutachten schriftlich oder mündlich zu erstatten	324
5.3	Die Pflicht, das Gutachten persönlich zu erstatten und weitere Pflichten des Sachverständigen	325
5.4	Das Recht des Sachverständigen, das Gutachten zu verweigern	325
5.5	Die Pflichtverletzung des Sachverständigen	325
6.	Die Entschädigung des Sachverständigen	326
7.	Das Verfahren zum Sachverständigenbeweis	326
7.1	Beweisantrag und Beweisaufnahme von Amts wegen	326
7.2	Die Beweisanordnung	326
7.3	Die Aufnahme des Sachverständigenbeweises	318
7.4	Die Vorladung des Sachverständigen zur Erläuterung des schriftlichen Gutachtens	328
7.5	Das weitere Gutachten	328
8.	Die Würdigung des Sachverständigengutachtens	329
14. Kapitel:	Der Beweis durch Parteivernehmung	330
1.	Parteianhörung und Parteivernehmung	330
2.	Die Zulässigkeit der Parteivernehmung	330
3.	Die Parteivernehmung auf Antrag des Gegners	331

4. Die Parteivernehmung auf eigenen Antrag	331
5. Die Parteivernehmung von Amts wegen	331
6. Die Schätzungsvernehmung einer Partei	332
7. Das Verfahren zur Parteivernehmung	332
8. Die Würdigung der Parteiaussage	333

8. Teil

Der Prozessvergleich

1. Kapitel: Das gesetzliche System	334
1. Der Januskopf des Prozessvergleichs	334
2. Die verstreute gesetzliche Regelung	335
2. Kapitel: Die Voraussetzungen des Prozessvergleichs	335
1. Die Parteien als Vertragspartner	335
2. Der anhängige Rechtsstreit	335
3. Das Gericht als Vermittler und Protokollführer	336
4. Vergleichsprotokoll oder Feststellungsbeschluss	337
5. Die Prozesserledigung als Ziel des Vergleichs	337
6. Die prozessuale Handlungsfähigkeit der Parteien	338
7. Die Verfügungsmacht der Parteien	339
8. Das gegenseitige Nachgeben der Parteien	339
9. Der Prozessvergleich als Vertrag	339
10. Der Prozessvergleich und die zivilrechtliche Vertragsform	339
3. Kapitel: Der Widerrufsvergleich	340
1. Der Widerrufsvorbehalt	340
2. Die Widerrufserklärung	341
3. Die Widerrufsfrist	341
4. Kapitel: Die Rechtsfolgen des Prozessvergleichs	342
1. Die Prozessbeendigung	342
2. Die Vollstreckbarkeit des Prozessvergleichs	342
3. Der Prozessvergleich und die Rechtskraft	344
4. Der vereinbarte Inhalt des Prozessvergleichs	344
5. Der Anwaltsvergleich	345
5. Kapitel: Der unwirksame Prozessvergleich	345
1. Die Rechtsfolge: keine Prozessbeendigung	345
2. Prozessuale Mängel des Prozessvergleichs	346
2.1 Beurkundungsfehler	346
2.2 Prozesshandlungsfehler	346
3. Zivilrechtliche Mängel des Prozessvergleichs	347
3.1 Der Widerruf des Widerrufsvergleichs	347
3.2 Nichtigkeitsgründe des Zivilrechts	347
4. Vertragliche Aufhebung, gesetzlicher Rücktritt und Anpassung des Vergleichs	349
5. Die streitige Auslegung des Prozessvergleichs	349

6. Kapitel: Der Streit über die Wirksamkeit des Prozessvergleichs	349
1. Die Fortsetzung des alten Prozesses	349
2. Die Art und Weise der Fortsetzung	350
3. Der Kläger bekämpft den Vergleich	350
4. Der Beklagte bekämpft den Vergleich	351
5. Keine Partei bekämpft den Vergleich	351
6. Sonderfälle	351
7. Kapitel: Urteil oder Vergleich, das ist hier die Frage	352
1. Die gesetzliche Wertung	352
2. Die Stärken und Schwächen des Urteils	352
3. Die Stärken und Schwächen des Vergleichs	353
4. Die Entscheidung der Parteien	353
8. Kapitel: Die Methode der Vergleichsverhandlungen	354
1. Das Problem der Praxis	354
2. Die Vorbereitung auf den Vergleichstermin	354
3. Die Anwesenheit der Parteien	354
4. Die Offenheit des Gerichts	354
5. Der Zeitfaktor	355
6. Der „Aufhänger“ für erfolgversprechende Verhandlungen	355
7. Die Neutralität und Geduld des vermittelnden Richters	355
8. Der Umfang der vergleichsweisen Einigung	356
9. Drei Beispiele aus der Praxis	356

9. Teil

Das Urteil im Zivilprozess

1. Kapitel: Erlass und Verlautbarung des Zivilurteils	361
1. Das Urteil und andere Entscheidungen	361
2. Der Erlass des Zivilurteils	361
2.1 Die Unmittelbarkeit der Verhandlung und der Richterwechsel	361
2.2 Die Beratung	362
2.3 Die Abstimmung	363
3. Die Verkündung des Zivilurteils	363
4. Die Zustellung des Zivilurteils	364
2. Kapitel: Der Inhalt des Zivilurteils	365
1. Die Bestandteile des Zivilurteils	365
2. Der Urteileingang	366
2.1 Die Bezeichnung der Parteien	366
2.2 Die Bedeutung des Rubrums	367
2.3 Die Parteistellung	367
2.4 Die Bezeichnung der gesetzlichen Vertreter und Prozess- bevollmächtigten	367
2.5 Die Bezeichnung des Gerichts	368
3. Kapitel: Der Urteilstenor zur Hauptsache	368
1. Das Prozessergebnis	368
2. Die Bindung des Urteils an den Klageantrag	368

3.	Die Formulierung des Urteilstenors	370
4.	Typische Urteilsformeln	371
4.1	Zahlungsklage	371
4.2	Haftungsklage	371
4.3	Herausgabe- und Räumungsklage	371
4.4	Klage auf Vornahme einer vertretbaren Handlung	371
4.5	Klage auf Vornahme einer nichtvertretbaren Handlung	371
4.6	Duldungs- und Unterlassungsklage	371
4.7	Klage auf Abgabe einer Willenserklärung	371
4.8	Feststellungsklage	372
4.9	Vermögensrechtliche Gestaltungsklagen	372
4.10	Prozessuale Gestaltungsklagen	372
4.11	Urteile im Versäumnisverfahren und nach Einspruch	373
4.12	Haupt- und Hilfsantrag	373
4.13	Klage und Widerklage	374
4.14	Klage gegen Gesamtschuldner, Teilurteil gegen den einen, Schlussurteil gegen den anderen Streitgenossen	374
4.15	Zwischenurteil, §§ 280 II, 303	374
4.16	Grundurteil (mit Teilurteil), § 304	374
4.17	Vorbehaltsurteil und Urteil im Nachverfahren, §§ 302, 599	374
4.18	Haftungsbeschränkung	374
4.19	Einseitige Erledigungserklärung des Klägers	374
4.20	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	374
4.21	Rechtsmittelentscheidung	374
4.	Kapitel: Die Kostenentscheidung im Urteil	375
1.	Urteile mit und ohne Kostenentscheidung	375
1.1	Die gesetzliche Regel und ihre Ausnahmen	375
1.2	Das Zwischenurteil	375
1.3	Das Teilurteil	375
2.	Die Prozesskosten	375
3.	Die Gerichtskosten	376
4.	Die Anwaltskosten	377
4.1	Gebühren und Auslagen	377
4.2	Die Honorarvereinbarung	377
4.3	Die Anwaltsgebühren	377
4.4	Die Auslagen des Anwalts	378
4.5	Die vereinfachte Festsetzung der Anwaltsvergütung	378
5.	Feste Gebührensätze	378
6.	Jede Gebühr nur einmal	378
7.	Der Inhalt der Kostenentscheidung im Urteil	379
7.1	Die prozessuale Kostenerstattungspflicht	379
7.2	Der materiellrechtliche Kostenerstattungsanspruch	379
7.3	Kostenentscheidung und Staatskasse	380
7.4	Die Kostengrundentscheidung	380
7.5	Kosteneinheit und Kostentrennung	381
8.	Der Maßstab für die Kostenverteilung im Urteil	382
8.1	Sieg und Niederlage	382

8.2	Eine Partei unterliegt voll	382
8.3	Beide Parteien unterliegen je zum Teil	382
8.4	Die Kostenaufhebung nach Teilunterliegen	383
8.5	Kostenquoten nach Teilunterliegen	383
8.6	Volle Kostenlast trotz Teilunterliegens	384
8.7	Abweichungen von der allgemeinen Kostenregel	385
9.	Die Kostenentscheidung im Urteil für und gegen Streitgenossen	385
9.1	Die Streitgenossen unterliegen voll oder im gleichen Umfang	385
9.2	Die Streitgenossen unterliegen unterschiedlich	385
10.	Die Anfechtbarkeit der Kostenentscheidung des Urteils	386
5. Kapitel:	Der Kostenstreitwert	387
1.	Die Streitwertarten	387
2.	Das neue Streitwertrecht	387
3.	Die Berechnung des Streitwerts	387
3.1	Vermögensrechtliche und andere Streitigkeiten	387
3.2	Miet-, Pacht- und andere Nutzungsverhältnisse	388
3.3	Gesetzliche Schadensrenten und Gehaltsforderungen	389
3.4	Mehrere Streitgegenstände	389
3.5	Die Stufenklage	389
3.6	Klage und Widerklage	389
3.7	Die Prozessaufrechnung	390
3.8	Haupt- und Hilfsantrag	390
3.9	Nebenforderungen	391
3.10	Fälle, die das GKG nicht regelt	381
3.11	Die einseitige Erledigungserklärung des Klägers	392
3.12	Die Änderung des Streitgegenstandes und die Wertänderung	392
4.	Die Festsetzung des Kostenstreitwerts	392
4.1	Form und Zeitpunkt der Streitwertfestsetzung	392
4.2	Die Rechtsfolgen des festgesetzten Streitwerts	393
4.3	Die Streitwertbeschwerde	393
6. Kapitel:	Die vorläufige Vollstreckbarkeit des Zivilurteils	393
1.	Die Vollstreckbarkeit vor Rechtskraft des Urteils	393
2.	Die gesetzliche Regel	394
3.	Die gesetzlichen Ausnahmen	394
3.1	Vorläufige Vollstreckbarkeit ohne gerichtliche Anordnung	394
3.2	Rechtskräftige Urteile	394
3.3	Urteile ohne vollstreckbaren Inhalt	394
3.4	Der Antrag des Schuldners gegen eine vorläufige Vollstreckbarkeit	395
4.	Die vorläufige Vollstreckbarkeit gegen Sicherheit	395
4.1	Der gesetzliche Normalfall	359
4.2	Die Art der Sicherheit	396
4.3	Die Höhe der Sicherheit	396
5.	Die vorläufige Vollstreckbarkeit ohne Sicherheit	397
5.1	Von Amts wegen	397
5.2	Auf Antrag des Gläubigers	397
5.3	Die Abwendungsbefugnis des Schuldners	397

6. Die vorläufige Vollstreckbarkeit für beide Parteien	398
7. Der Schutzantrag des Schuldners	398
7. Kapitel: Der Urteilstatbestand	398
1. Die Beweiskraft des Tatbestandes	398
2. Die Ordnung des Tatbestandes	399
3. Der Inhalt des Tatbestandes	400
4. Die knappe Darstellung des wesentlichen Sachverhalts	400
5. Die Trennung von Tatbestand und Entscheidungsgründen	401
6. Die Gliederung des Tatbestands	401
8. Kapitel: Die Entscheidungsgründe	402
1. Die Argumente des Gerichts	402
2. Inhalt und Umfang der Entscheidungsgründe	402
3. Der Aufbau der Entscheidungsgründe	402
3.1 Eine Begründung vom Ergebnis her	402
3.2 Der Begründungszusammenhang	403
3.3 Die Reihenfolge der Argumente	403
3.4 Der prozessuale Vorrang einzelner Argumente	405
3.5 Der logische Vorrang einzelner Argumente	405
4. Die sprachliche Form der Entscheidungsgründe	406
4.1 Die juristische Fachsprache	406
4.2 Ein verständliches Deutsch	406
5. Die Schwerpunkte der Entscheidungsgründe	407
9. Kapitel: Die Unterschriften der Richter unter dem Urteil	408

10. Teil

Die Rechtswirkung des Zivilurteils

1. Kapitel: Die Breiten- und Tiefenwirkung des Urteils	409
2. Kapitel: Die Bindung des Prozessgerichts an sein Urteil	409
1. Der Umfang der Bindung	409
1.1 Eine gesetzliche Regel mit Ausnahmen	409
1.2 Der Umfang der Bindung nach Art des Urteils	410
2. Die Berichtigung offenerbar Versehen des Urteils	411
2.1 Das offenbare Versehen	411
2.2 Die offenbar unrichtige Parteibezeichnung	411
2.3 Der offenbar unrichtige Tatbestand	412
2.4 Der offene Widerspruch zwischen Tenor und Entscheidungsgründen	412
2.5 Verfahren und Entscheidung zur Berichtigung des Urteils	412
2.6 Die Wirkung der Urteilsberichtigung	413
3. Die Tatbestandsberichtigung	413
4. Die Urteilsergänzung	413
4.1 Das unvollständige Urteil	413
4.2 Verfahren und Entscheidung zur Ergänzung des Urteils	414
4.3 Die Wirkung der Urteilsergänzung	414
5. Die Abhilfe nach Verletzung des rechtlichen Gehörs	415
5.1 Die Rüge der Verletzung des rechtlichen Gehörs	415

5.2	Das Abhilfeverfahren	415
5.3	Die Entscheidung über die Gehörsrüge	416
3.	Kapitel: Die formelle Rechtskraft des Zivilurteils	416
1.	Das nicht mehr anfechtbare Urteil	416
2.	Die Rechtskraft schon mit Verkündung des Urteils	416
3.	Die Rechtskraft des Urteils durch Rechtsmittelverzicht	417
4.	Die Rechtskraft des Urteils durch Ablauf der Rechtsmittelfristen	417
5.	Die Rechtskraft des Urteils durch letztinstanzliche Bestätigung	417
6.	Die Rechtskraft des Versäumnisurteils	417
7.	Die Teilrechtskraft des Urteils	418
4.	Kapitel: Die materielle Rechtskraft des Zivilurteils	418
1.	Die Verbindlichkeit der Entscheidung	418
2.	Das rechtskraftfähige Urteil	418
3.	Die Wirkung materieller Rechtskraft am Beispiel	420
3.1	Die Bejahung oder Verneinung einer Rechtsfolge	420
3.2	Die objektive Grenze der materiellen Rechtskraft	421
3.3	Die zeitliche Grenze der materiellen Rechtskraft	421
3.4	Die subjektive Grenze der materiellen Rechtskraft	421
3.5	Das Prozesshindernis der Rechtskraft und die präjudizielle Rechtskraft	422
4.	Die positive oder negative Feststellung einer Rechtsfolge durch das Urteil	422
5.	Der objektive Umfang materieller Rechtskraft des Urteils	423
5.1	Die Entscheidung über den Streitgegenstand	423
5.2	Das „kontradiktorische“ Gegenteil	423
5.3	Die Urteilsgründe und präjudiziellen Rechtsverhältnisse	424
5.4	Die Prozessaufrechnung und die materielle Rechtskraft	425
5.5	Die Feststellung der materiellen Rechtskraft durch Auslegung des Urteils	425
5.6	Das rechtskräftige Urteil über eine Leistungsklage	427
5.7	Das rechtskräftige Urteil über eine Feststellungsklage	428
5.8	Das rechtskräftige Urteil über eine Gestaltungs-klage	429
5.9	Das rechtskräftige Urteil über eine Teilklage	430
6.	Die zeitliche Grenze der materiellen Rechtskraft des Urteils	431
6.1	Die letzte mündliche Verhandlung	431
6.2	Vor Verhandlungsschluss entstandene Tatsachen	431
6.3	Nach Verhandlungsschluss entstandene Tatsachen	433
6.4	Ein völlig anderer Sachverhalt	434
7.	Die subjektive Grenze der materiellen Rechtskraft des Urteils	434
7.1	Die Parteien und ihre Rechtsnachfolger	434
7.2	Die Rechtsnachfolge nach Rechtshängigkeit	435
7.3	Der gutgläubige Erwerb frei von Rechtskraft	436
7.4	Weitere Fälle gesetzlicher Rechtskraf-terstreckung	437
7.5	Keine Rechtskraf-terstreckung auf sonstige Dritte	438
8.	Die Wirkung materieller Rechtskraft des Urteils	438
9.	Die materielle Rechtskraft als Prozesshindernis	439
9.1	Die Identität der Streitgegenstände zweier Klagen	439
9.2	Das „kontradiktorische“ Gegenteil der früheren Klage	440

9.3 Die Zulässigkeit der neuen Klage trotz Identität der Streitgegenstände	440
10. Die präjudizielle Rechtskraft des Urteils	441
10.1 Das präjudizielle Rechtsverhältnis	441
10.2 Die rechtliche Bindung an die rechtskräftige Feststellung	441
10.3 Umfang und Grenzen der präjudiziellen Rechtskraft	442
5. Kapitel: Die Tatbestandswirkung des Urteils	443
1. Das Urteil im materiellen Recht	443
2. Das Urteil als Vollstreckungstitel	444
6. Kapitel: Das Urteil als Präjudiz	444

11. Teil
Die bunte Vielfalt des Zivilurteils

1. Kapitel: Die prozessuale Struktur des Zivilurteils	446
2. Kapitel: Leistungs-, Feststellungs- und Gestaltungsurteil	447
1. Das Leistungsurteil	447
1.1 Die Verurteilung zu einer bestimmten Leistung	447
1.2 Die Leistungsfrist im Urteil	448
1.3 Die Zug-um-Zug-Verurteilung	448
1.4 Die Haftungsbeschränkung im Leistungsurteil	449
2. Das Feststellungsurteil	450
3. Das Gestaltungsurteil	450
4. Die Teilabweisung der Klage	451
5. Prozess- und Sachurteil	451
3. Kapitel: End- und Zwischenurteil	451
1. Der unterschiedliche Gegenstand des Urteils	451
2. Das Zwischenurteil über die Zulässigkeit der Klage	451
3. Das Zwischenurteil über andere prozessuale Vorfragen	452
4. Das Zwischenurteil im Streit mit einem Dritten	453
5. Das Zwischenurteil über den Grund des Anspruchs	453
5.1 Die Feststellung des Anspruchsgrundes	453
5.2 Die Zulässigkeit des Grundurteils	453
5.3 Grund und Höhe des Anspruchs	454
5.4 Das Mitverschulden im Schadensersatzprozess	455
5.5 Der Teilerfolg der Klage	456
5.6 Das Verfahren über die Höhe des Anspruchs	456
5.7 Das Urteil über die Höhe des Anspruchs	457
5.8 Eine Warnung vor dem Grundurteil	457
4. Kapitel: Vollend- und Teilurteil	458
1. Die Zulässigkeit des Teilurteils	458
2. Das Ermessen des Gerichts und das Parteirecht auf ein Teilurteil	459
3. Die Wirkung des Teilurteils	460
5. Kapitel: Streitiges und nichtstreitiges Urteil	460
1. Streitige oder einseitige mündliche Verhandlung	460
2. Das Versäumnisurteil	460

3. Das Anerkenntnisurteil	461
4. Die Kostenentscheidung im Anerkenntnisurteil	461
5. Das Verzichtsurteil	463
6. Kapitel: Das Vorbehaltsurteil	463
1. Ein auflösend bedingtes Urteil	463
2. Die Zulässigkeit des Vorbehaltsurteils	463
3. Der Vorbehalt der Aufrechnung im Urteil	464
4. Der Vorbehalt im Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozess	464
5. Die Wirkung des Vorbehaltsurteils	464
6. Das Nachverfahren nach einem Vorbehaltsurteil	465
7. Die Entscheidung im Nachverfahren	466
7. Kapitel: Das unfertige und das fehlerhafte Urteil	466
1. Die allgemeine Regel	466
2. Der Urteilsentwurf	466
3. Das nichtige Urteil	467
4. Das vernichtbare Urteil	467

12. Teil

Der Gerichtsbeschluss und die richterliche Verfügung

1. Kapitel: Der Beschluss des Gerichts	468
1. Urteil oder Beschluss	468
2. Erlass und Verlautbarung des Beschlusses	468
3. Existenz und Wirkung des Beschlusses	469
4. Die Bindung des Gerichts an seinen Beschluss	470
5. Die Rechtskraft des Beschlusses	470
6. Die Vollstreckbarkeit des Beschlusses	470
7. Form und Begründung des Beschlusses	470
2. Kapitel: Die Verfügung des Richters	471

13. Teil

Das ZPO-Rechtsmittel und seine Grundlagen

1. Kapitel: Das gesetzliche System	472
1. Rechtsbehelf und Rechtsmittel	472
2. Die Rechtsmittelreform 2002	472
3. Die Hemmung der Rechtskraft durch das Rechtsmittel	473
4. Keine Hemmung der Vollstreckung durch das Rechtsmittel	473
5. Der Gegenstand des Rechtsmittels	473
6. Die „Meistbegünstigung“	473
7. Die Rechtsmittelbelehrung	474
2. Kapitel: Das zulässige Rechtsmittel	475
1. Die vorrangige Prüfung der Zulässigkeit	475
2. Die Zulässigkeit des Rechtsmittels und die Zulässigkeit der Klage	475
3. Die Voraussetzungen der Zulässigkeit des Rechtsmittels	475
4. Das begründete Rechtsmittel	476

3. Kapitel: Die Beschwer des Rechtsmittelführers	476
1. Eine ungeschriebene Zulässigkeitsvoraussetzung	476
2. Der rechtliche Nachteil durch das Urteil	476
3. Die Beseitigung der Beschwer als Ziel des Rechtsmittels	477
4. Die Beschwer des Klägers	478
5. Die Beschwer des Beklagten	479
6. Die Beschwer nach einer Prozessaufrechnung	479
7. Der für die Beschwer maßgebliche Zeitpunkt	480
8. Die Berechnung der Beschwer	480
4. Kapitel: Rechtsmittelverzicht und Rücknahme des Rechtsmittels	482
1. Der Rechtsmittelverzicht gegenüber dem Gericht	482
2. Der außergerichtliche Rechtsmittelverzicht	483
3. Die Rücknahme des Rechtsmittels	483
4. Die Erledigung des Rechtsmittels	484
5. Der Streitwert des Rechtsmittels	484

14. Teil
Die Berufung gegen das Zivilurteil

1. Kapitel: Die Zivilprozessreform 2002	485
1. Die moderne Gesetzgebungskunst	485
2. Die neuen Berufungsgründe	485
3. Der neue Prozessstoff in der Berufungsinstanz	485
4. Die neue Anschlussberufung	486
5. Der neue Einzelrichter	486
6. Berufung und Revision	486
2. Kapitel: Parteien und Berufungsgericht	487
1. Die Parteien des Berufungsverfahrens	487
2. Das Berufungsgericht	487
2.1 Die funktionelle Zuständigkeit	487
2.2 Die Methode der rechtlichen Prüfung	487
3. Kapitel: Die statthafte Berufung	488
1. Gegen Endurteile	488
2. Gegen Versäumnisurteile	488
4. Kapitel: Berufungssumme und Zulassung der Berufung	490
1. Das gesetzliche System	490
2. Die Berufungssumme	490
3. Die Zulassung der Berufung	491
5. Kapitel: Das Einlegen der Berufung	491
1. Form und Frist der Berufung	491
2. Die Form der Berufung	492
3. Der Mindestinhalt der Berufungsschrift	493
4. Die Berufungsfrist	493
5. Der Eingang der Berufungsschrift beim Berufungsgericht	494
6. Die wiederholte Berufung	495

7. Notwendige Streitgenossen und Berufung	496
8. Berufung und Prozesskostenhilfe	496
9. Die Berufung nur zur Fristwahrung	496
6. Kapitel: Das Begründen der Berufung	497
1. Die rechtlichen Anforderungen an eine zulässige Berufung	497
2. Die Form der Berufungsbegründung	497
3. Die Berufungsanträge	498
3.1 Umfang und Ziel der Berufung	498
3.2 Die beschränkte Berufung	499
4. Allgemeine Regeln für die Berufungsbegründung	499
4.1 Die gesetzlichen Mindestanforderungen	499
4.2 Die Abgrenzung der Berufungsgründe	500
4.3 Die konkrete, fallbezogene Berufungsbegründung	500
4.4 Klageänderung und Widerklage in der Berufungsinstanz	501
4.5 Die Prozessvoraussetzungen in der Berufungsinstanz	501
4.6 Die Gefahr des kurzen Prozesses	501
5. Erster Berufungsgrund: ein Rechtsfehler	501
5.1 Die Bezeichnung von Umständen für eine Rechtsverletzung	501
5.2 Die Rechtsverletzung	502
5.3 Die kausale Rechtsverletzung	503
5.4 Die fehlerhafte Vertragsauslegung	504
5.5 Die fehlerhafte Beweiswürdigung	505
6. Zweiter Berufungsgrund: ein Sachverhaltsfehler	505
6.1 Die Bezeichnung konkreter Anhaltspunkte für Zweifel	505
6.2 Die fehlerfreie Sachverhaltsfeststellung	505
6.3 Die zweifelhafte Sachverhaltsfeststellung	506
6.4 Die Notwendigkeit erneuter Tatsachenfeststellung	507
7. Dritter Berufungsgrund: Neue Angriffs- und Verteidigungsmittel	507
8. Der Umfang der Berufungsbegründung	508
9. Die Berufungsbegründungsfrist	508
9.1 Dauer und Berechnung der Begründungsfrist	508
9.2 Die Verlängerung der Begründungsfrist	509
7. Kapitel: Die Anschlussberufung	510
1. Die Anfechtungsmöglichkeiten des Berufungsgegners	510
2. Die Anschlussberufung als Sachantrag des Berufungsgegners	510
3. Die Vorteile der Anschlussberufung	511
4. Der Nachteil der Anschlussberufung	511
5. Zulässigkeit und Notwendigkeit der Anschlussberufung	512
6. Form und Frist der Anschlussberufung	513
7. Die Begründung der Anschlussberufung	513
8. Klageerweiterung und Widerklage durch Anschlussberufung	514
8. Kapitel: Der Gegenstand der Berufung	514
1. Was gelangt in die Berufungsinstanz?	514
2. Die Berufung gegen ein Teil-, Zwischen- oder Vorbehaltsurteil	515
3. Die Vorentscheidungen der ersten Instanz	516

4.	Die Kostenentscheidung im angefochtenen Urteil	516
5.	Die Änderung des Streitgegenstandes in der Berufungsinstanz	517
9.	Kapitel: Das Verbot der Verschlechterung	518
1.	Die Bindung des Berufungsgerichts an die Berufungsanträge	518
2.	Die Teilabweisung einer unzulässigen Klage als unbegründet	519
3.	Prozessurteil und klageabweisendes Sachurteil	519
4.	Vorläufige und endgültige Klageabweisung	520
5.	Verurteilung Zug um Zug und unbeschränkte Verurteilung	520
6.	Die Abweisung der Klage wegen Prozessaufrechnung	520
7.	Prozessurteil und Zurückverweisung	520
10.	Kapitel: Der Sachverhalt in der Berufungsinstanz	521
1.	Die tatsächliche Verhandlungs- und Entscheidungsgrundlage	521
2.	Der Sachverhalt der ersten Instanz	521
3.	Die Zweifel des Berufungsgerichts an der Richtigkeit oder Vollständigkeit des erstinstanzlichen Sachverhalts	522
4.	Das in erster Instanz zurückgewiesene Vorbringen	523
5.	Neue Angriffs- und Verteidigungsmittel in der Berufungsinstanz	523
5.1	Das gesetzliche System	523
5.2	In erster Instanz übersehener oder verkannter Gesichtspunkt	525
5.3	Die Verhinderung erheblichen Vorbringens durch Fehler des Gerichts	525
5.4	Schuldlos versäumtes Vorbringen	526
6.	Das verspätete Vorbringen in der Berufungsinstanz	526
7.	Der Aufrechnungseinwand in der Berufungsinstanz	527
8.	Das Nachschieben von Berufungsgründen	527
11.	Kapitel: Die rechtliche Kontrolle in der Berufungsinstanz	528
1.	Die Prozessvoraussetzungen	528
1.1	Die Prüfung von Amts wegen als gesetzliche Regel	528
1.2	Die Ausnahme Rechtsweg	528
1.3	Die Ausnahme Zuständigkeit	528
2.	Verzichtbare Prozessvoraussetzungen	529
3.	Die Verfahrensfehler der ersten Instanz	529
4.	Die materiellrechtlichen Fehler der ersten Instanz	529
12.	Kapitel: Das Berufungsverfahren und die Entscheidung über die Berufung	530
1.	Der Ablauf des Berufungsverfahrens	530
2.	Der Einzelrichter im Berufungsverfahren	530
3.	Die Entscheidung über die Berufung	531
4.	Die Verwerfung der unzulässigen Berufung	532
5.	Die Zurückweisung der unbegründeten Berufung	533
5.1	Die Zurückweisung durch einstimmigen Beschluss	533
5.2	Die Anfechtung des Zurückweisungsbeschlusses	534
5.3	Die Zurückweisung durch Urteil	535
6.	Die Änderung des erstinstanzlichen Urteils	535
6.1	Die Entscheidung zur Hauptsache	535
6.2	Die Kostenentscheidung im Berufungsurteil	535

6.3	Der Streitwert der Berufung	536
6.4	Die vorläufige Vollstreckbarkeit des Berufungsurteils	536
6.5	Die Zulassung der Revision	536
7.	Die Zurückverweisung des Rechtsstreits an die erste Instanz	537
7.1	Zweck und Wirkung der Zurückverweisung	537
7.2	Die Zurückverweisungsfälle	537
7.3	Der wesentliche Verfahrensmangel	538
8.	Das Berufungsurteil	539

15. Teil

Die Revision gegen das Zivilurteil

1. Kapitel: Die statthafte Revision	540
1. Die Revision gegen Berufungsurteile	540
2. Die Zulassung der Revision	540
3. Die Sprungrevision	542
2. Kapitel: Das Einlegen und Begründen der Revision	542
1. Form und Frist der Revision	542
2. Die Revisionsbegründung	542
3. Die Revisionsrügen	542
4. Die Sachrüge der Revision	542
5. Die Verfahrensrüge der Revision	544
6. Die Amtsprüfung ohne Revisionsrüge	545
3. Kapitel: Anschließung, Gegenstand und Prozessstoff der Revision	546
1. Die Anschlussrevision	546
2. Der Gegenstand der Revision	546
3. Der Prozessstoff der Revisionsinstanz	546
4. Kapitel: Verfahren und Entscheidung über die Revision	547
1. Das Revisionsverfahren	547
2. Die Entscheidung des Revisionsgerichts	547

16. Teil

Die Beschwerde gegen zivilprozessuale Entscheidungen

1. Kapitel: Die Zulässigkeit der Beschwerde	549
1. Die beschwerdefähige Entscheidung und die Rechtsfolgen der Beschwerde ..	549
2. Wann ist die sofortige Beschwerde zulässig?	549
3. Die statthafte Beschwerde	550
3.1 Entweder gesetzliche Zulassung oder Ablehnung eines Verfahrensantrags	550
3.2 Die außerordentliche Beschwerde	551
3.3 Die Untätigkeitsbeschwerde	551
3.4 Die unanfechtbare Entscheidung	552
4. Die Kosten- und Streitwertbeschwerde	552
5. Form und Frist der Beschwerde	553
5.1 Der Adressat der Beschwerde	553

5.2	Die Beschwerdeschrift	553
5.3	Der Anwaltszwang und die Ausnahmen	553
5.4	Die Beschwerdefrist	553
6.	Die Anschlussbeschwerde	554
2. Kapitel:	Das Beschwerdeverfahren und die Entscheidung	554
1.	Das Beschwerdeverfahren	554
1.1	Abhilfe oder Vorlage	554
1.2	Eine zweite Tatsacheninstanz	544
1.3	Der Einzelrichter	555
2.	Die Beschwerdeentscheidung	555
3. Kapitel:	Die Rechtsbeschwerde	556
1.	Die statthafte Rechtsbeschwerde	556
2.	Form und Frist der Rechtsbeschwerde	556
3.	Verfahren und Entscheidung über die Rechtsbeschwerde	557

17. Teil

Weitere zivilprozessuale Rechtsbehelfe

1. Kapitel:	Ein Überblick	558
2. Kapitel:	Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	558
1.	Der Rechtsbehelf gegen die Versäumung einer Notfrist	559
2.	Die Notfrist und ihr gleichgestellte Fristen	559
3.	Die Versäumung einer Notfrist oder gleichgestellten Frist	559
4.	Die schuldlose Versäumung einer Notfrist oder gleichgestellten Frist	560
4.1	Der Ausschluss eines Parteiverschuldens	560
4.2	Die Armut der Partei	561
4.3	Der Ausschluss eines Anwaltsverschuldens	562
5.	Der Antrag auf Wiedereinsetzung	565
5.1	Die Form des Antrags	565
5.2	Die Antragsfrist	565
5.3	Die Begründung des Wiedereinsetzungsantrags	566
5.4	Die nachzuholende Prozesshandlung	567
6.	Das Wiedereinsetzungsverfahren	567
7.	Die Entscheidung über den Wiedereinsetzungsantrag	568
7.1	Zuständigkeit und Form der Entscheidung	568
7.2	Der unzulässige Antrag	568
7.3	Der unbegründete Antrag	568
7.4	Die Säumnis des Antragstellers	568
7.5	Die Wiedereinsetzung	568
8.	Die Wirkung der Wiedereinsetzung	569
9.	Das Rechtsmittel im Wiedereinsetzungsverfahren	569
3. Kapitel:	Die Wiederaufnahme des Verfahrens	570
1.	Die Durchbrechung der Rechtskraft	570
2.	Die Nichtigkeitsgründe	571
3.	Die Restitutionsgründe	571

3.1 Die falsche Entscheidungsgrundlage	571
3.2 Die Straftat	571
3.3 Der Urkundenfund	571
3.4 Die Kausalität des Restitutionsgrundes	572
4. Die Dreiteilung des Wiederaufnahmeverfahrens	573
5. Erster Verfahrensabschnitt: Die Zulässigkeit der Wiederaufnahme	573
5.1 Gegenstand, Parteien und Gericht	573
5.2 Form und Inhalt der Wiederaufnahmeklage	574
5.3 Die Wiederaufnahmefrist	574
5.4 Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Wiederaufnahme	574
6. Zweiter Verfahrensabschnitt: Die Feststellung des Wiederaufnahmegrundes	575
6.1 Der Nachweis des Wiederaufnahmegrundes	575
6.2 Die Entscheidung über den Wiederaufnahmegrund	575
7. Dritter Verfahrensabschnitt: Die Fortsetzung des alten Prozesses	575
8. Die Schadensersatzklage statt einer Wiederaufnahme	576
8.1 Das Gesetz	576
8.2 Die Rechtsprechung	576
4. Kapitel: Die Erinnerung	577
1. Ein Rechtsbehelf	577
2. Frist und Form der Erinnerung	577
3. Verfahren und Entscheidung	577
5. Kapitel: Die Gegenvorstellung	578
1. Ein außergesetzlicher Rechtsbehelf	578
2. Die Zulässigkeit der Gegenvorstellung	578

2. Buch

Die Parteien und ihre Vertreter

18. Teil

Die Parteien

1. Kapitel: Die Parteiherrschaft im Zivilprozess	581
1. Der Verfügungsgrundsatz	581
2. Der Beibringungsgrundsatz	581
3. Die Prozesshandlungen	581
4. Ein Fragenkatalog	582
2. Kapitel: Das Zweiparteiensystem des Zivilprozesses	582
3. Kapitel: Der Parteibegriff des Zivilprozesses	583
4. Kapitel: Die Bezeichnung der Parteien	583
1. Die Klageschrift	583
2. Die Auslegung der Parteibezeichnung	584
3. Die Verwechslung zweier Personen	584
4. Die Zustellung der Klage	584
5. Die Identität der prozessierenden mit der als Partei bezeichneten Person	584
6. Die unbekannte und die nicht existente Partei	585

5. Kapitel: Die Parteifähigkeit im Zivilprozess	585
1. Die prozessuale Rechtsfähigkeit	585
2. Der Mensch	585
3. Die juristische Person	586
4. Die Handelsgesellschaft	586
5. Der Verlust der Parteifähigkeit einer juristischen Person oder Handelsgesellschaft	587
5.1 Die Gesamtrechtsnachfolge	587
5.2 Die Liquidation	587
5.3 Die Löschung im Register	587
6. Die BGB-Gesellschaft	588
7. Der nichtrechtsfähige Verein	588
8. Die Gewerkschaft	588
9. Die Gemeinschaft	588
6. Kapitel: Die Prozessfähigkeit im Zivilprozess	589
1. Die prozessuale Handlungsfähigkeit	589
2. Pflegschaft und Betreuung	589
3. Die juristische Person und andere parteifähige Gemeinschaften	589
4. Die partielle Prozessunfähigkeit	589
7. Kapitel: Die rechtliche Behandlung der Partei- und Prozessfähigkeit im Zivilprozess	590
1. Zwei Prozessvoraussetzungen	590
2. Zwei Prozesshandlungsvoraussetzungen	591
3. Der Erwerb oder Verlust der Partei- oder Prozessfähigkeit während des Prozesses	591
4. Der Streit über die Partei- oder Prozessfähigkeit	592
5. Das prozesswidrige Sachurteil	592
6. Die Kosten	593
8. Kapitel: Die gesetzliche Vertretung der Partei	593
1. Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Vertretung	593
2. Prozess- und Prozesshandlungsvoraussetzung	594
3. Das Verschulden des gesetzlichen Vertreters im Prozess	594
9. Kapitel: Die Prozessführungsbefugnis	594
1. Das gesetzliche System	594
2. Prozessführungsbefugnis und materielle Berechtigung	595
3. Prozessführungsbefugnis und Vertretungsmacht	596
4. Prozessführungsbefugnis und Rechtskrafterstreckung	596
5. Die gesetzliche Prozessstandschaft der Partei kraft Amtes	597
5.1 Die amtliche Verwaltung eines Sondervermögens	597
5.2 Der Wechsel der Prozessführungsbefugnis	598
6. Die Verbandsklage in gesetzlicher Prozessstandschaft	598
7. Die gesetzliche Prozessstandschaft durch Veräußerung des streitbefangenen Gegenstandes	598
7.1 Der Schutz des Prozessgegners	598
7.2 Die Prozessstandschaft des materiell nicht mehr berechtigten Klägers ..	599
7.3 Der streitbefangene Gegenstand	599

7.4	Die Rechtsnachfolge durch Veräußerung oder Abtretung	600
7.5	Die Veräußerung oder Abtretung nach Rechtshängigkeit	601
7.6	Die Anpassung des Klageantrags	601
7.7	Die Rechtsfolgen der Prozessstandschaft	603
7.8	Der Schutz des gutgläubigen Rechtsnachfolgers	603
7.9	Die Übernahme des Prozesses durch den Rechtsnachfolger	603
8.	Problematische Fälle einer gesetzlichen Prozessstandschaft	604
8.1	Mitgläubiger, Miteigentümer und Miterben	604
8.2	Gesellschafter	605
8.3	Ansprüche gegen Mitgesellschafter aus dem Gesellschaftsvertrag	605
8.4	Weitere Fälle	605
9.	Die gewillkürte Prozessstandschaft	605
9.1	Die Klage des Nichtberechtigten mit Ermächtigung des Berechtigten	605
9.2	Prozessführungsbefugnis und Einziehungsermächtigung	606
9.3	Die Zulässigkeit der gewillkürten Prozessstandschaft	606
9.4	Die Ermächtigung des Berechtigten zur Prozessführung	607
9.5	Das eigene schutzwürdige Interesse des Klägers	608
9.6	Die Rechtsfolgen der gewillkürten Prozessstandschaft	609
10. Kapitel:	Die Postulationsfähigkeit und der Anwaltszwang	610
1.	Eine Prozessvoraussetzung	610
2.	Der Anwaltszwang vor dem Landgericht und höheren Gericht	610
2.1	Der Umfang des Anwaltszwangs	610
2.2	Ausnahmen vom Anwaltszwang	611
3.	Der Parteiprozess vor dem Amtsgericht	611
11. Kapitel:	Die Prozesshandlung	612
1.	Das Prozessverhalten der Parteien	612
2.	Der Antrag im Zivilprozess	612
2.1	Sach- und Prozessantrag	612
2.2	Zulässigkeit und Begründetheit eines Antrags	613
2.3	Die Rücknahme des Antrags	614
3.	Der Hilfsantrag	614
3.1	Der zulässige Hilfsantrag	614
3.2	Der verdeckte Hilfsantrag	615
3.3	Die auflösende Bedingung des Hilfsantrags	615
3.4	Der prozessuale Vorrang des Hauptantrags	616
3.5	Hilfsbegründung und alternative Klagebegründung	616
3.6	Die Wahlschuld	616
3.7	Die Streitgenossenschaft	617
3.8	Der Sonderfall eines bedingten Antrags im Amtsgerichtsprozess	617
4.	Die Angriffs- und Verteidigungsmittel	617
5.	Prozessgestaltende Parteierklärungen	618
6.	Willenserklärungen im Prozess	618
7.	Die wirksame Prozesshandlung	618
8.	Auslegung und Willensmängel der Prozesshandlung	619
9.	Rücknahme und Widerruf der Prozesshandlung	620
10.	Die fehlerhafte Prozesshandlung und ihre Heilung	620
10.1	Die allgemeine Regel	620

10.2 Die Heilungsmöglichkeiten	621
10.3 Die Heilung durch Rügeverzicht und Rügeverlust	621
12. Kapitel: Das Prozessrechtsverhältnis	623
1. Die Rechtsbeziehung zwischen den Prozessparteien	623
2. Treu und Glauben im Prozess	623
2.1 Die Rechtsfolge	623
2.2 Der Selbstwiderspruch der Partei	624
2.3 Rechtsmissbrauch und Arglist	624
2.4 Die Verwirkung einer prozessualen Befugnis	624
3. Die Wahrheitspflicht der Partei im Zivilprozess	625
3.1 Das Verbot der Lüge im Prozess	625
3.2 Das Gebot des vollständigen Parteivorbringens	625
3.3 Das widersprüchliche Parteivorbringen	626
13. Kapitel: Der Prozessvertrag	626
1. Der Gegenstand des Prozessvertrags	626
2. Die Zulässigkeit des Prozessvertrags	627
3. Der Abschluss des Prozessvertrags	627
4. Die Wirkung des Prozessvertrags	627

19. Teil

Der Rechtsanwalt und andere Prozessvertreter

1. Kapitel: Berufsbild und Berufsordnung des Rechtsanwalts	628
1. Der Rechtsanwalt ein Organ der Rechtspflege	628
2. Die Zulassung zur Anwaltschaft	629
3. Die Kanzlei des Anwalts	629
4. Die Berufspflichten des Rechtsanwalts	629
5. Die Prozessfähigkeit des Rechtsanwalts	630
6. Die Vertretung des Rechtsanwalts	630
2. Kapitel: Die Prozessvollmacht des Rechtsanwalts	631
1. Die Erteilung der Prozessvollmacht	631
2. Der Umfang der Prozessvollmacht	632
2.1 Der gesetzliche Umfang	632
2.2 Der Umfang der Vollmacht im Anwaltsprozess	633
2.3 Der Umfang der Vollmacht im Parteiprozess	633
3. Das Erlöschen der Prozessvollmacht	634
3.1 Der Widerruf der Vollmacht und die Niederlegung des Mandats	634
3.2 Tod und Prozessunfähigkeit des Anwalts oder Mandanten	635
4. Prüfung und Nachweis der Prozessvollmacht	635
5. Die Rechtsfolgen der Prozessvollmacht	636
6. Der vollmachtlose Vertreter	637
7. Andere Prozessvertreter	638
8. Der Beistand im Zivilprozess	638

3. Buch
Das Zivilgericht

20. Teil
Gericht und Richter

1. Kapitel: Das staatliche Gericht	641
1. Das Gericht als Behörde	641
2. Das Gericht als Organ der Rechtsprechung	641
3. Das Prozessgericht	641
2. Kapitel: Der gesetzliche Richter	642
3. Kapitel: Der unabhängige Richter	642
1. Das Berufsbild des Richters	642
2. Die sachliche Unabhängigkeit des Richters	643
3. Die persönliche Unabhängigkeit des Richters	644
4. Die politische Mäßigung des Richters	645
4. Kapitel: Der unparteiische Richter	645
1. Neutral zwischen den Parteien	645
2. Der Ausschluss des Zivilrichters	645
3. Die Ablehnung des Zivilrichters	646
3.1 Das Ablehnungsrecht der Partei	646
3.2 Das zulässige Ablehnungsgesuch	646
3.3 Das begründete Ablehnungsgesuch	647
3.4 Die Zuständigkeit für die Entscheidung über das Ablehnungsgesuch ..	649
3.5 Das rechtliche Gehör im Ablehnungsverfahren	650
3.6 Die Entscheidung über das Ablehnungsgesuch	650
3.7 Das Rechtsmittel gegen die Entscheidung über das Ablehnungsgesuch .	651
3.8 Die Wirkung der Richterablehnung	651
3.9 Die Selbstablehnung des Richters	652

21. Teil
Die deutsche Gerichtsbarkeit

1. Kapitel: Die dritte Gewalt	653
2. Kapitel: Umfang und Grenzen der deutschen Gerichtsbarkeit	653
1. Die Gebietshoheit	653
2. Die Exterritorialen	654
3. Die Kirchen und ihre Gerichtsbarkeit	654
4. Die deutsche Gerichtsbarkeit als Prozessvoraussetzung	655
5. Die Indemnität des Abgeordneten	655
3. Kapitel: Das Zivilgericht und die Europäische Gerichtsbarkeit	655
1. Die Kompetenz des Europäischen Gerichtshofs	655
2. Die Vorabentscheidung des Europäischen Gerichtshofs	656
3. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte	656

22. Teil

Zivilgericht und Bundesverfassungsgericht

1. Kapitel: Die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts	657
2. Kapitel: Die Vorlegungspflicht des Zivilgerichts	657
1. Das Verwerfungsmonopol des Bundesverfassungsgerichts	657
2. Die Voraussetzungen einer Vorlage an das Bundesverfassungsgericht	658
3. Das Vorlageverfahren	658
3. Kapitel: Die Verfassungsbeschwerde	659
1. Ein außerordentlicher Rechtsbehelf gegen Grundrechtsverletzungen	659
2. Die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	659
3. Die begründete Verfassungsbeschwerde	660
4. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	660
4. Kapitel: Die Bindung des Zivilgerichts an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	661

23. Teil

Der Zivilrechtsweg

1. Kapitel: Die Zulässigkeit des Rechtswegs	662
1. Die Rechtswege	662
2. Die Zulässigkeit des Rechtswegs als Prozessvoraussetzung	662
2.1 Die Vorabprüfung des Rechtswegs in erster Instanz	662
2.2 Keine Prüfung des Rechtswegs erst in der Rechtsmittelinstanz	663
2.3 Keine Rechtswegsvereinbarung	663
2.4 Die Entscheidungskompetenz des Gerichts auf dem richtigen Rechtsweg	664
3. Die Verweisung auf den richtigen Rechtsweg	664
2. Kapitel: Zivilrechtsweg und Verwaltungsrechtsweg	665
1. Einzelzuweisung und Generalklausel	665
2. Bürgerlichrechtliche oder öffentlichrechtliche Streitigkeit?	666
2.1 Die unterschiedlichen rechtlichen Gestaltungsmittel	666
2.2 Die schlicht-hoheitliche Verwaltung	667
2.3 Zivilrechtlicher und öffentlichrechtlicher Vertrag	668
2.4 Das Verschulden bei Vertragsverhandlungen und der Rechtsweg	669
3. Der prozessuale Maßstab für die Prüfung des Rechtswegs	670
3.1 Das prozessuale Begehren des Klägers	670
3.2 Die rechtlichen Vorfragen	671
3.3 Die Verteidigung des Beklagten	671
3.4 Weitere Beispiele für zivilrechtliche Streitigkeiten	672
3.5 Weitere Beispiele für öffentlichrechtliche Streitigkeiten	673
3. Kapitel: Zivilrechtsweg und Sozialrechtsweg	673
1. Die Kompetenz der Sozialgerichte	673
2. Beispiele für den Zivilrechtsweg	674
3. Beispiele für den Sozialrechtsweg	674

4. Kapitel: Zivilrechtsweg und Finanzrechtsweg	675
5. Kapitel: Zivilrechtsweg und Arbeitsrechtsweg	675
1. Die Kompetenz der Arbeitsgerichte	675
2. Die Tatsachenbehauptungen des Klägers	677
6. Kapitel: Streitige und freiwillige Gerichtsbarkeit	678
1. Nur zwei unterschiedliche Verfahrensarten	678
2. Die Abgrenzung	678
3. Die Verweisung in das richtige Verfahren	679
4. Die Wohnungseigentumsstreitigkeiten	679
7. Kapitel: Die Bindung des Zivilgerichts an Entscheidungen anderer Gerichtsbarkeiten	679
1. Entscheidungen der Verwaltungsgerichte und Verwaltungsakte der Verwaltungsbehörden	679
2. Entscheidungen des Strafrichters	681
3. Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und in der Zwangsvollstreckung	681

24. Teil

Die Zuständigkeit des Zivilgerichts

1. Kapitel: Der Aufbau der streitigen Zivilgerichtsbarkeit	682
1. Erste Instanz	682
2. Berufungs- und Beschwerdeinstanz	682
3. Revisionsinstanz (BGH)	682
2. Kapitel: Die Facetten der Zuständigkeit des Zivilgerichts	683
1. Sachliche, örtliche, internationale und funktionelle Zuständigkeit	683
2. Gesetzliche und vereinbarte Zuständigkeit	683
3. Ausschließliche und einfache Zuständigkeit	683
4. Zuständigkeit und Rechtsmittel	683
3. Kapitel: Die sachliche Zuständigkeit des Zivilgerichts	684
1. Entweder Amtsgericht oder Landgericht	684
2. Die gesetzliche Geschäftsverteilung innerhalb des Land- und Amtsgerichts ..	685
3. Die Tatsachenbehauptungen des Klägers	685
4. Der Zuständigkeitsstreitwert	685
4.1 Die sachliche Zuständigkeit nach der Höhe des Streitwerts	685
4.2 Die Festsetzung des Zuständigkeitsstreitwerts	685
4.3 Die Berechnung des Zuständigkeitsstreitwerts	686
4.4 Der Streitwert von Haupt- und Nebenforderung	686
4.5 Der Streitwert einer Anspruchsmehrheit	686
4.6 Der Streitwert von Haupt- und Hilfsantrag	687
4.7 Der Streitwert der Streitgenossenschaft	687
4.8 Der Streitwert von Klage und Widerklage	687
4.9 Der Streitwert von Besitz und Eigentum	687
4.10 Der Streitwert von Miet- und Pachtstreitigkeiten	688

4.11	Der Streitwert der Klage auf wiederkehrende Leistung	689
4.12	Der Streitwert nach Ermessen des Gerichts	689
4. Kapitel:	Die örtliche Zuständigkeit des Zivilgerichts	691
1.	Welches Amts- oder Landgericht?	691
2.	Die bunte Vielfalt der Gerichtsstände	691
3.	Die Reihenfolge der Prüfung	691
4.	Die ausschließlichen Gerichtsstände	693
4.1	Der ausschließliche Gerichtsstand der Raummiete und Raumpacht	693
4.2	Der ausschließliche dingliche Gerichtsstand	693
4.3	Der ausschließliche Gerichtsstand für Wohnungseigentumsstreitigkeiten	694
4.4	Der ausschließliche Gerichtsstand für Haustürgeschäfte	694
4.5	Der ausschließliche Gerichtsstand für die Umwelthaftung	694
4.6	Der ausschließliche Gerichtsstand für Kapitalmarktinformationen	695
4.7	Der ausschließliche Gerichtsstand der Zwangsvollstreckung	695
5.	Besondere, nicht-ausschließliche Gerichtsstände	695
5.1	Der besondere Gerichtsstand des Erfüllungsortes	695
5.2	Der besondere Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	697
5.3	Der besondere dingliche Gerichtsstand für schuldrechtliche Ansprüche	698
5.4	Der besondere Gerichtsstand der Erbschaft	698
5.5	Der besondere Gerichtsstand des Hauptprozesses	699
5.6	Der besondere Gerichtsstand des Aufenthaltsortes	699
5.7	Der besondere Gerichtsstand der Mitgliedschaft	699
5.8	Der besondere Gerichtsstand der Vermögensverwaltung	699
5.9	Der besondere Gerichtsstand des Vermögens	699
5.10	Der Gerichtsstand des Zusammenhangs	700
6.	Der allgemeine Gerichtsstand	700
5. Kapitel:	Die internationale Zuständigkeit	701
1.	Die allgemeine Regel	701
2.	Die internationale Zuständigkeit in der Europäischen Union	702
2.1	Die Europäische Zuständigkeitsverordnung (EuGVVO)	702
2.2	Der allgemeine Gerichtsstand	702
2.3	Die besonderen Gerichtsstände	702
2.4	Die ausschließlichen Gerichtsstände	704
6. Kapitel:	Die vereinbarte Zuständigkeit	704
1.	Das gesetzliche System	704
2.	Die Zulässigkeit der Zuständigkeitsvereinbarung	705
2.1	Die Grenzen der Vertragsfreiheit	705
2.2	Die Voraussetzungen der Zuständigkeitsvereinbarung	705
3.	Das vereinbarte Gericht	706
4.	Die Wirkung der Zuständigkeitsvereinbarung	706
5.	Die Vereinbarung der internationalen Zuständigkeit	707
5.1	Die allgemeine Regel	707
5.2	Die europäische Zuständigkeitsverordnung	707

7. Kapitel: Die Zuständigkeit durch rügelose Verhandlung des Beklagten	708
1. Die Rechtsfolge der rügelosen Verhandlung	708
2. Die rügelose Verhandlung des Beklagten zur Hauptsache	708
3. Die Reichweite der rügelosen Verhandlung	708
4. Die internationale Zuständigkeit durch rügelose Verhandlung	709
8. Kapitel: Die gerichtlich bestimmte Zuständigkeit	709
1. Die Bedarfsfälle	709
2. Der negative Kompetenzkonflikt	709
3. Der gemeinsame Gerichtsstand für mehrere Beklagte	710
4. Verfahren und Entscheidung	711
9. Kapitel: Die Prüfung der Zuständigkeit und die Rechtsfolgen der Unzuständigkeit	711
1. Die Zuständigkeit als Prozessvoraussetzung	711
1.1 Sachliche und örtliche Zuständigkeit	711
1.2 Die internationale Zuständigkeit	712
2. Der für die Zuständigkeit maßgebliche Zeitpunkt	712
3. Die Behauptungs- und Beweislast für die Zuständigkeit	712
4. Zuständigkeit und Parteiherrschaft	713
10. Kapitel: Die Verweisung des Rechtsstreits an das zuständige Gericht ...	713
1. Verweisung und Abgabe	713
2. Die Zulässigkeit der Verweisung	714
2.1 Ein rechtshängiges Verfahren	714
2.2 Der Verweisungsgrund	714
2.3 Das zuständige Gericht	715
3. Verweisungsantrag und rechtliches Gehör	715
4. Der Verweisungsbeschluss	715
5. Die Rechtsfolge der Verweisung	716
6. Die Bindung an die Verweisung	716
6.1 Die gesetzliche Regel	716
6.2 Der Umfang der Bindung	716
6.3 Zurückverweisung und Weiterverweisung	716
7. Die gesetzwidrige Verweisung	717
8. Die Mehrkosten der Verweisung	718
11. Kapitel: Die funktionelle Zuständigkeit des Zivilgerichts	718
1. Die Verteilung der Rechtspflegenaufgaben in einem Prozess	718
2. Die Zivilkammer	719
3. Der Einzelrichter	719
3.1 Als gesetzlicher Richter	719
3.2 Der Einzelrichter und die Zivilkammer	719
3.3 Der Einzelrichter der KfH und des Rechtsmittelgerichts	720
4. Der Vorsitzende des Richterkollegiums	720
5. Der Berichterstatter des Richterkollegiums	721
6. Der beauftragte Richter des Richterkollegiums	721
7. Der ersuchte Richter und die Rechtshilfe	721

12. Kapitel: Die Geschäftsverteilung des Gerichts	722
1. Die Bestimmung des gesetzlichen Richters	722
2. Das Präsidium des Gerichts	723
3. Der Geschäftsverteilungsplan des Gerichts	723
3.1 Der Inhalt	723
3.2 Überbesetzung und Hilfsrichter	723
3.3 Die Rangfolge der Dienstgeschäfte	724
3.4 Die Auslegung des Geschäftsverteilungsplans	724
3.5 Die Änderung der Geschäftsverteilung	724
3.6 Die Geschäftsverteilung der Kammer und des Senats	724
3.7 Der Streit über die Geschäftsverteilung	724
3.8 Die Einsicht in den Geschäftsverteilungsplan	725
13. Kapitel: Die „gesetzliche Geschäftsverteilung“	725
1. Die Kammer für Handelssachen	725
1.1 Eine Abteilung des Landgerichts	725
1.2 Die Handelssachen	725
1.3 Kammer für Handelssachen und Zivilkammer	726
1.4 Der Kläger ruft die KfH an	726
1.5 Der Kläger ruft die ZK an	726
1.6 Der Kläger ruft das Amtsgericht an	727
1.7 Der Kompetenzkonflikt	727
2. Besondere Spruchkörper	727
3. Das Familiengericht	727
14. Kapitel: Die Geschäftsstelle des Gerichts	728
1. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle	728
2. Die Aufgaben der Geschäftsstelle	728
3. Die Erinnerung	728
15. Kapitel: Der Rechtspfleger	729
1. Das Rechtspflegergesetz	729
2. Die Aufgaben des Rechtspflegers	729
3. Die Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen des Rechtspflegers	729

4. Buch

Abweichungen vom „Normalprozess“

25. Teil

Die Säumnis der Partei im Zivilprozess

1. Kapitel: Was kann eine Partei im Zivilprozess versäumen?	733
1. Das gesetzliche System	733
2. Die Versäumung der mündlichen Verhandlung	733
2.1 Die Last der Anwesenheit	733
2.2 Die Verpflichtung zum Erscheinen	734

2. Kapitel: Die Säumnis des Beklagten	734
1. Die Entscheidungsmöglichkeiten	734
2. Das Versäumnisurteil gegen den Beklagten	734
2.1 Ein Sachurteil	734
2.2 Die Voraussetzungen des Versäumnisurteils	735
2.3 Der Antrag des Klägers auf ein Versäumnisurteil	735
2.4 Die mündliche Verhandlung	735
2.5 Terminbestimmung und Terminladung	735
2.6 Die Säumnis des Beklagten	736
2.7 Die unentschuldigte Säumnis des Beklagten	737
2.8 Die Zulässigkeit der Klage	737
2.9 Die Schlüssigkeit der Klagebehauptungen	738
2.10 Das rechtliche Gehör des Beklagten	739
3. Kapitel: Die Säumnis des Klägers	740
4. Kapitel: Der Einspruch gegen das Versäumnisurteil	740
1. Ein spezieller Rechtsbehelf	740
2. Die Zulässigkeit des Einspruchs	741
2.1 Eine Prozessfortsetzungsvoraussetzung	741
2.2 Das Versäumnisurteil	741
2.3 Die Einspruchsfrist	742
2.4 Die Form des Einspruchs	742
2.5 Die Verwerfung des unzulässigen Einspruchs	742
3. Die Begründung des Einspruchs	743
4. Die Wirkung des zulässigen Einspruchs	743
5. Die Entscheidung auf zulässigen Einspruch	743
5.1 Die Bestätigung des Versäumnisurteils	743
5.2 Die Aufhebung des Versäumnisurteils	744
5.3 Der Teilerfolg des Einspruchs	744
5. Kapitel: Das „zweite“ Versäumnisurteil	745
1. Ein gefährliches Sachurteil	745
2. Die Zulässigkeit des „zweiten“ Versäumnisurteils	745
6. Kapitel: Die Entscheidung nach Lage der Akten und die Säumnis beider Parteien	746
7. Kapitel: Die Säumnis in der Rechtsmittelinstanz	746
1. Die Säumnis in der Berufungsverhandlung	746
1.1 Die unzulässige Berufung oder Klage	746
1.2 Das Versäumnisurteil gegen den säumigen Berufungsführer	747
1.3 Das Versäumnisurteil gegen den säumigen Berufungsgegner	747
2. Die Säumnis in der Revisionsverhandlung	747

26. Teil
Die Anspruchshäufung

1. Kapitel: Mehrere prozessuale Ansprüche in einer Klage	748
2. Kapitel: Die unbedingte Anspruchshäufung	748
1. Mehrere prozessuale Ansprüche nebeneinander	748
2. Verbindung und Trennung der prozessualen Ansprüche	749
3. Die Zulässigkeit der Anspruchshäufung	749
4. Das Verfahren zur Anspruchshäufung	749
5. Der Streitwert der Anspruchshäufung	749
3. Kapitel: Die bedingte Anspruchshäufung durch Haupt- und Hilfsantrag	750
1. Mehrere prozessuale Ansprüche hintereinander	750
2. Die Zulässigkeit der bedingten Klagenhäufung	750
3. Verbindung und Trennung von Haupt- und Hilfsantrag	750
4. Der prozessuale Vorrang des Hauptantrags	750
5. Der Streitwert von Haupt- und Hilfsantrag	751
6. Anspruchshäufung mit Fristsetzung	751
4. Kapitel: Die alternative Anspruchshäufung	752

27. Teil
Die Widerklage

1. Kapitel: Der Gegenangriff des Beklagten	753
1. Die Widerklage gegen den Kläger	753
2. Die Vorteile der Widerklage	753
3. Die „Widerklage“ gegen Dritte	754
3.1 Die „Widerklage“ nur gegen einen Dritten	754
3.2 Die Widerklage gegen den Kläger und einen Dritten	754
2. Kapitel: Die Zulässigkeit der Widerklage	755
1. Die Rechtshängigkeit der Klage	755
2. Der Zusammenhang der Widerklage mit der Klage	756
3. Der besondere Gerichtsstand für die Widerklage	756
4. Die sachliche Zuständigkeit für Klage und Widerklage	757
5. Die Hilfswiderklage	757
6. Die Wider-Widerklage	757
7. Ausschluss und Beschränkung der Widerklage	758
3. Kapitel: Verfahren und Entscheidung zur Widerklage	758
1. Das Verfahren zur Widerklage	758
2. Das Urteil über die Widerklage	758
2.1 Vollendurteil oder Teilurteil	758
2.2 Die Kostenentscheidung	759
2.3 Der vollständige Urteilstenor	759

28. Teil
Die Streitgenossenschaft

1. Kapitel: Mehrere Kläger oder Beklagte	761
1. Die gesetzliche Regel: Jeder Streitgenosse führt nur seinen Prozess	761
2. Einfache und notwendige Streitgenossenschaft	761
3. Wann kommt es auf die Art der Streitgenossenschaft rechtlich an?	762
2. Kapitel: Die einfache Streitgenossenschaft	762
1. Die Entstehung der Streitgenossenschaft	762
2. Die Zulässigkeit der Streitgenossenschaft	762
3. Die selbstständige Prozessführung jedes Streitgenossen	763
4. Die Zulässigkeit der Klage	763
5. Die Angriffs- und Verteidigungsmittel der Streitgenossen	764
6. Der Streitgenosse als Zeuge und die Beweiswürdigung	764
7. Das Urteil für und gegen die Streitgenossen	764
3. Kapitel: Die notwendige Streitgenossenschaft	765
1. Die rechtliche Notwendigkeit eines einheitlichen Sachurteils	765
2. Die Prozessführung notwendiger Streitgenossen	765
3. Ein Kläger oder Beklagter zu wenig	765
4. Die Zulässigkeit der Klage	765
5. Die Säumnis eines notwendigen Streitgenossen	766
6. Die Prozesshandlungen des notwendigen Streitgenossen	766
7. Die Prozesshandlungen des Gegners der notwendigen Streitgenossen	767
4. Kapitel: Die prozessrechtlich notwendige Streitgenossenschaft	767
1. Die Rechtskrafterstreckung	767
2. Die Fälle der Rechtskrafterstreckung	768
3. Keine Rechtskrafterstreckung	768
5. Kapitel: Die materiellrechtlich notwendige Streitgenossenschaft	769
1. Die gemeinsame Rechtszuständigkeit	769
2. Der Aktivprozess der Gesamthand	769
2.1 Die Gemeinschaft zur gesamten Hand	769
2.2 Die BGB-Gesellschaft	770
2.3 Die Handelsgesellschaft und die rechtsfähige Gesellschaft bürgerlichen Rechts	771
2.4 Die Gütergemeinschaft	771
2.5 Die Erbengemeinschaft	771
2.6 Die Bruchteilsgemeinschaft	771
2.7 Die Feststellungsklage eines Gesamthänders	772
3. Der Passivprozess der Gesamthand	772
3.1 Die Gesamthands- und die Gesamtschuldklage	772
3.2 Die unterschiedliche Haftungsgrundlage	772
3.3 Der prozessuale Unterschied	773
3.4 Die Wahl des Klägers zwischen der Gesamthands- und der Gesamtschuldklage	773
4. Die Gestaltungsklagen des Gesellschafts- und Wohnungseigentumsrechts	774

5. Ein Kläger oder Beklagter zu wenig	774
5.1 Ein Kläger zu wenig	774
5.2 Ein Beklagter zu wenig	775

29. Teil

Streitverkündung und Streithilfe

1. Kapitel: Sinn und Zweck dieser Prozesstaktiken	776
1. Die Streitverkündung als prozessuale Vorsorge für einen anderen Prozess	776
2. Die Streithilfe zwecks Vermeidung eines Regressprozesses	777
3. Die Beiladung	777
2. Kapitel: Die Streitverkündung	777
1. Die Mitteilung der Partei an einen Dritten	777
2. Die Reaktion des Dritten auf die Streitverkündung	778
3. Die Zulässigkeit der Streitverkündung	778
3.1 Die Prüfung erst im Regressprozess	778
3.2 Der Adressat der Streitverkündung	778
3.3 Die Regressmöglichkeit oder Regressgefahr	779
3.4 Form, Inhalt und Zeitpunkt der Streitverkündung	780
4. Die Interventionswirkung der Streitverkündung	781
4.1 Die Wirkung der Streitverkündung im Regressprozess	781
4.2 Die Rechtfertigung der Interventionswirkung	782
4.3 Der Umfang der Interventionswirkung	782
4.4 Die Beweislastentscheidung im Vorprozess	784
4.5 Die Einrede der fehlerhaften Prozessführung durch den Streitverkünder	784
5. Die Hemmung der Verjährung durch Streitverkündung	786
3. Kapitel: Die Streithilfe	786
1. Die eigennützige Unterstützung einer Prozesspartei durch einen Dritten	786
2. Die Zulässigkeit der Streithilfe	787
3. Der Beitritt des Streithelfers	787
4. Das Verfahren zur Streithilfe	787
4.1 Die Prüfung von Amts wegen	787
4.2 Die Prüfung auf Rüge einer Partei	788
4.3 Die Zustellung des Urteils	788
5. Das Ende der Streithilfe	788
6. Die Prozessführung des Streithelfers	789
6.1 Zulässige und unzulässige Prozesshandlungen des Streithelfers	789
6.2 Die Angriffs- und Verteidigungsmittel des Streithelfers	789
6.3 Das Rechtsmittel des Streithelfers	789
6.4 Der Vorrang des Willens der unterstützten Partei	790
6.5 Keine Verfügungsmacht des Streithelfers über den Streitgegenstand	790
6.6 Willenserklärungen des Streithelfers	791
6.7 Die Bindung des Streithelfers an den Stand des Verfahrens	791
7. Die Interventionswirkung gegen den Streithelfer	792
8. Die streitgenössische Streithilfe	792
9. Die Kosten der Streithilfe	792
10. Sonstige Beteiligung Dritter an einem Zivilprozess	793

**30. Teil
Die Klageänderung**

1. Kapitel: Die Änderung des Streitgegenstandes	794
2. Kapitel: Die Zulässigkeit der Klageänderung	795
1. Die rechtlichen Möglichkeiten	795
2. Eine besondere Prozessvoraussetzung	796
3. Einwilligung und rügelose Verhandlung des Beklagten	796
4. Die Zulassung der Klageänderung durch das Gericht	796
5. Die sachdienliche Klageänderung	797
6. Die „Klageänderung“, die keine ist	798
6.1 Die Ergänzung des Klagegrundes	798
6.2 Die Erweiterung und Beschränkung des Klageantrags	798
6.3 Der Übergang von der Erfüllungs- zur Ersatzklage	799
7. Besondere Grenzen der Klageänderung	799
3. Kapitel: Die Rechtsfolgen der Klageänderung	800
1. Die zulässige Klageänderung	800
2. Die unzulässige Klageänderung	800
4. Kapitel: Die nachträgliche Anspruchshäufung	801

**31. Teil
Der Parteiwechsel**

1. Kapitel: Zwei Arten des Parteiwechsels	802
2. Kapitel: Der gesetzliche Parteiwechsel	802
1. Der Tod einer Partei	802
2. Die Nacherbfolge	802
3. Die Insolvenz einer Partei	802
4. Die Rechtsnachfolge in das Prozessrechtsverhältnis	803
3. Kapitel: Der gewollte Parteiwechsel	803
1. Ein Bedürfnis der Praxis	803
2. Die rechtliche Konstruktion des gewollten Parteiwechsels	803
3. Die Zulässigkeit des gewollten Parteiwechsels	804
4. Die Rechtsfolgen des gewollten Parteiwechsels	806
4.1 Der zulässige Parteiwechsel	806
4.2 Der unzulässige Parteiwechsel	806
4.3 Der Streit über die Zulässigkeit des Parteiwechsels	807
4. Kapitel: Die Parteierweiterung	807

32. Teil
Die Klagerücknahme

1. Kapitel: Der Rückzug des Klägers aus dem Prozess	808
2. Kapitel: Die Zulässigkeit der Klagerücknahme	809
1. Zwischen Eingang der Klage und Rechtskraft des Urteils	809
2. Die Einwilligung des Beklagten	809
3. Der Vollzug der Klagerücknahme	809
3. Kapitel: Die Rechtsfolgen der Klagerücknahme	810
1. Die Prozessbeendigung	810
2. Die Kostenlast des Klägers	810
2.1 Die gesetzliche Regel und ihre Ausnahmen	810
2.2 Die Kosten nach einer Teilrücknahme der Klage	811
2.3 Die Kostenabrede im Vergleich	811
3. Der Streit über die Klagerücknahme	811
4. Die neue Klage nach Rücknahme der alten	812

33. Teil
Die Erledigung der Hauptsache

1. Kapitel: Zwei unterschiedliche Prozesstaktiken	813
1. Die gemeinsame Erledigung der Hauptsache	813
2. Die einseitige Erledigungserklärung des Klägers	813
2. Kapitel: Die gemeinsame Erledigung der Hauptsache	814
1. Die Rechtsfolgen	814
2. Die Erledigungserklärungen der Parteien	814
3. Die Hauptsache	815
4. Die Zulässigkeit der gemeinsamen Erledigung	815
5. Die Kostenentscheidung nach übereinstimmender Erledigung der Hauptsache	816
5.1 Der Maßstab der Kostentscheidung	816
5.2 Die Rechtslage als Hauptargument	816
5.3 Die Beweislage	818
5.4 Andere Billigkeitsgründe für die Kostenentscheidung	818
5.5 Form und Inhalt der Kostenentscheidung	819
5.6 Ausnahmsweise kein Kostenbeschluss	819
6. Die neue Klage nach Erledigung der alten	819
3. Kapitel: Die einseitige Erledigungserklärung des Klägers	820
1. Kein Gesetzes- sondern Richterrecht	820
1.1 Eine Prozesstaktik des Klägers	820
1.2 Die Reaktion des Beklagten	820
1.3 Die Interessenlage	821
2. Die Erledigungserklärung des Klägers als Klageänderung	821
3. Die Zulässigkeit der einseitigen Erledigungserklärung des Klägers	822
4. Die Erledigung der Hauptsache	822
5. Die Entscheidung: Feststellung der Erledigung oder Klageabweisung	823

6.	Keine Erledigung der Hauptsache vor Klageerhebung	825
6.1	Das Prozess- und Kostenrisiko des Klägers	825
6.2	Der Verzug des verspätet leistenden Beklagten	825
7.	Die einseitige Teilerledigungserklärung des Klägers	825
8.	Keine einseitige Erledigungserklärung des Beklagten	826

34. Teil Der Prozessstillstand

1. Kapitel:	Rechtlicher und tatsächlicher Prozessstillstand	827
1.	Der rechtliche Prozessstillstand	827
2.	Der tatsächliche Prozessstillstand	827
2. Kapitel:	Die Gründe und Rechtsfolgen der Unterbrechung	828
1.	Die Unterbrechungsgründe	828
2.	Die Rechtsfolgen der Unterbrechung	828
3. Kapitel:	Die Unterbrechung des Verfahrens durch den Tod einer Partei .	829
1.	Gesetzliche Regel und Ausnahme	829
2.	Das Ende der Unterbrechung des Verfahrens	830
2.1	Anzeige und Aufnahme des Verfahrens	830
2.2	Die Aufnahme des unterbrochenen Verfahrens durch den Erben	830
2.3	Die Aufnahme des unterbrochenen Verfahrens auf Betreiben des Gegners	831
2.4	Die Aufnahme des unterbrochenen Verfahrens bei Nachlasspflegschaft und Testamentsvollstreckung	831
2.5	Die Aufnahme des unterbrochenen Verfahrens bei Nachlassverwaltung und Nachlassinsolvenz	832
4. Kapitel:	Die Unterbrechung des Verfahrens durch Insolvenz einer Partei	832
1.	Der Beginn der Unterbrechung	832
2.	Das Ende der Unterbrechung des Verfahrens	833
2.1	Die Einstellung oder Aufhebung des Insolvenzverfahrens	833
2.2	Die Freigabe durch den Insolvenzverwalter	833
2.3	Die Aufnahme des unterbrochenen Verfahrens	833
5. Kapitel:	Sonstige Unterbrechungsgründe	835
1.	Die Unterbrechung des Verfahrens durch Verlust der Prozessfähigkeit oder des gesetzlichen Vertreters	835
2.	Die Unterbrechung durch Nacherbfolge	835
3.	Die Unterbrechung des Anwaltsprozesses durch Tod des Anwalts	835
6. Kapitel:	Die Aussetzung und das Ruhen des Verfahrens	836
1.	Die Zulässigkeit der Aussetzung	836
2.	Die Rechtsfolgen der Aussetzung	836
3.	Die Aussetzung wegen eines anderen Rechtsstreits	837
4.	Das Ruhen des Verfahrens	837

5. Buch
Besondere Verfahren

35. Teil
Der Amtsgerichtsprozess

1. Kapitel: Rechtliche Abweichungen vom Landgerichtsprozess	841
1. Das gesetzliche System	841
2. Der Amtsrichter	841
3. Der Anwaltszwang	841
4. Der Nachweis der Prozessvollmacht	841
5. Die schriftliche Prozessvorbereitung	841
6. Die Form der Prozesshandlungen	841
7. Die Terminladung	842
8. Die Unzuständigkeit des Amtsgerichts	842
9. Das Sitzungsprotokoll	842
10. Leistungsfrist und bedingter Schadensersatz im Urteil auf Vornahme einer Handlung	842
11. Bagatellverfahren	843
2. Kapitel: Tatsächliche Abweichungen vom Landgerichtsprozess	843
1. Die Zahl der Verfahren	843
2. Die Eigenart des Parteiprozesses	843

36. Teil
Das schriftliche Verfahren

1. Mündliche Verhandlung und schriftliches Verfahren	845
2. Die Zustimmung beider Parteien zum schriftlichen Verfahren	845
3. Die Entscheidung im schriftlichen Verfahren	846

37. Teil
Die Prozesskostenhilfe

1. Kapitel: Sinn und Zweck der Prozesskostenhilfe	847
1. Die Chancengleichheit vor Gericht	847
2. Ein selbstständiges Verfahren	847
3. Prozesskostenhilfe für alle zivilprozessualen Verfahren	847
2. Kapitel: Die Voraussetzungen der Prozesskostenhilfe	848
1. Erfolgsaussicht und Armut ohne Mutwille	848
2. Die Erfolgsaussicht des Antragstellers	848
2.1 Eine Faustregel	848
2.2 Beweisangebote und Beweise	849
2.3 Schwierige Rechtsfragen	849
2.4 Die Prozesskostenhilfe für beide Parteien	849
2.5 Die Prozesskostenhilfe für die Rechtsmittelinstanz	849
3. Die „Armut“ des Antragstellers	850
3.1 Seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	850

3.2	Das Einkommen des Antragstellers	850
3.3	Das Vermögen des Antragstellers	851
4.	Der Mutwille des Antragstellers	851
5.	Der Anwärter auf PKH	852
6.	Drei Fallgruppen	853
6.1	PKH ohne Monatsraten	853
6.2	PKH mit Monatsraten	853
6.3	Keine PKH	853
3. Kapitel:	Die Rechtsfolgen der Prozesskostenhilfe	853
1.	Ein Überblick	853
2.	Der Gegenstand der PKH	853
3.	Beginn und Ende der PKH	854
4.	PKH und Wiedereinsetzung	854
5.	Die vorläufige Kostenbefreiung und die Monatsraten	854
6.	Die Beordnung und Honorierung eines Rechtsanwalts	855
6.1	Die Beordnung eines Rechtsanwalts	855
6.2	Die Honorierung des beigeordneten Anwalts	855
7.	Die Kostenerstattung trotz PKH	856
8.	Das Einziehungsrecht des beigeordneten Rechtsanwalts	856
8.1	Der Umfang des Einziehungsrechts	856
8.2	Die Einwendungen des Gegners	857
8.3	Der Übergang des Einziehungsrechts auf die Staatskasse	857
9.	Die Kostenerstattung, wenn beide Parteien PKH haben	857
4. Kapitel:	Das Verfahren der Prozesskostenhilfe	858
1.	Der Antrag auf Prozesskostenhilfe	858
2.	Die Prüfung des Antrags auf Prozesskostenhilfe	858
3.	Die Entscheidung über den Antrag auf Prozesskostenhilfe	859
3.1	Die Form der Entscheidung	859
3.2	Der Zeitpunkt der Entscheidung	859
3.3	Die maßgebliche Sach- und Rechtslage	859
3.4	Die Bewilligung der Prozesskostenhilfe	860
3.5	Die Ablehnung der Prozesskostenhilfe	860
3.6	Die Kosten des PKH-Verfahrens	860
4.	Das Rechtsmittel gegen die PKH-Entscheidung	860
5.	Die Änderung der Entscheidung	861

38. Teil

Das selbstständige Beweisverfahren

1. Kapitel:	Die Zulässigkeit des selbstständigen Beweisverfahrens	862
2. Kapitel:	Das Verfahren des selbstständigen Beweises	863
1.	Der Antrag	863
2.	Die Zuständigkeit	863
3.	Schriftliches Verfahren und mündliche Verhandlung	863
4.	Die selbstständige Beweisaufnahme	863
5.	Sonstiges	864

3. Kapitel: Die Entscheidung im selbstständigen Beweisverfahren	864
1. Die Ablehnung des unzulässigen Beweisantrags	864
2. Die Beweisanordnung	864
3. Das Ende des selbstständigen Beweisverfahrens	865
4. Die Wirkung der selbstständigen Beweisaufnahme	865
4. Kapitel: Kosten und Streitwert des selbstständigen Beweisverfahrens	865

39. Teil

Der Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozess

1. Kapitel: Eine besondere Prozessart	868
1. Der Vorteil des Urkundenbeweises	868
2. Die Zweiteilung des Prozesses in ein Vor- und Nachverfahren	868
3. Das gesetzliche System	868
2. Kapitel: Die Zulässigkeit des Urkundenprozesses	869
1. Die Wahl des Klägers zwischen Urkunden- und Normalprozess	869
2. Die besonderen Prozessvoraussetzungen	870
3. Die Klage auf Zahlung oder eine ähnliche Leistung	870
4. Der Urkundenbeweis	870
4.1 Gesetz und Rechtsprechung	870
4.2 Vollständiger Urkundenbeweis und Beibringungsgrundsatz	870
4.3 Die Vorlage der Urkunden	871
5. Zulässigkeit und Schlüssigkeit im Urkundenprozess	871
6. Die besondere Methode der rechtlichen Prüfung	872
3. Kapitel: Das besondere Verfahren des Urkundenprozesses	873
1. Die Beschränkung der Beweismittel	873
1.1 Für anspruchsbegründende und andere Tatsachen	873
1.2 Nur präsente Urkunden	873
1.3 Beweise für Prozessvoraussetzungen	873
2. Das Verbot der Widerklage	874
3. Das Abstehen vom Urkundenprozess	874
4. Kapitel: Die Entscheidung im Urkundenprozess	874
1. Das Prozessurteil	874
2. Das klageabweisende Sachurteil	875
3. Das Vorbehaltsurteil im Urkundenprozess	875
3.1 Ein auflösend bedingtes Sachurteil	875
3.2 Die Wirkung des Vorbehaltsurteils	876
3.3 Die Voraussetzungen des Vorbehaltsurteils	876
3.4 Die Einwendungen und Einreden des Beklagten im Urkundenprozess	877
3.5 Das „Anerkenntnisvorbehaltsurteil“ im Urkundenprozess	877
3.6 Der doppelte Vorbehalt	878
4. Die vorbehaltlose Verurteilung im Urkundenprozess	878

5. Kapitel: Das Nachverfahren im Urkundenprozess	878
1. Die Rückkehr zum Normalprozess	878
2. Der Streitgegenstand des Nachverfahrens	879
3. Der Streitstoff des Nachverfahrens	879
4. Die Bindung des Nachverfahrens an das Vorbehaltsurteil	879
5. Die Entscheidung im Nachverfahren des Urkundenprozesses	880
6. Kapitel: Der Wechsel- und Scheckprozess	881
1. Unterarten des Urkundenprozesses	881
2. Die Abweichungen vom Urkundenprozess	882
3. Das Wechselvorbehaltsurteil	882

40. Teil Das Mahnverfahren

1. Kapitel: Ziel, Vorteil und Ablauf des Mahnverfahrens	883
1. Das Ziel des Mahnverfahrens	883
2. Die Vorteile des Mahnverfahrens	883
3. Der Ablauf des Mahnverfahrens	884
4. Die maschinelle Bearbeitung des Mahnverfahrens	884
2. Kapitel: Der Mahnantrag	885
1. Die Zulässigkeit des Mahnantrags	885
2. Die allgemeinen Prozessvoraussetzungen	885
3. Nur Geldforderungen gegen bekannte Schuldner	885
4. Form und Inhalt des Antrags	885
5. Die Zuständigkeit für den Mahnantrag	886
6. Der Gerichtskostenvorschuss	887
7. Der Mahnantrag gegen mehrere Schuldner	887
8. Der Mahnantrag mehrerer Gläubiger	887
9. Die Rücknahme des Mahnantrags	887
10. Die Prüfung des Mahngerichts	887
3. Kapitel: Der Mahnbescheid	888
4. Kapitel: Der Vollstreckungsbescheid	889
1. Die Zulässigkeit des Vollstreckungsbescheids	889
2. Der Inhalt des Vollstreckungsbescheids	889
3. Die Zustellung des Vollstreckungsbescheids	889
4. Die Wirkung des Vollstreckungsbescheids	889
5. Kapitel: Die Rechtsbehelfe des Schuldners im Mahnverfahren	890
1. Der Widerspruch gegen den Mahnbescheid	890
2. Der Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid	891
6. Kapitel: Der Übergang vom Mahn- zum Streitverfahren	891
1. Nach Widerspruch gegen den Mahnbescheid	891
1.1 Der Antrag auf das Streitverfahren	891
1.2 Die Abgabe des Verfahrens an das Streitgericht	892

1.3	Das Ende des Mahnverfahrens und die Rechtshängigkeit beim Streitgericht	892
1.4	Die Anspruchsbegründung	893
1.5	Das weitere Verfahren	893
1.6	Die Kosten des Mahnverfahrens	893
2.	Nach Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid	893
2.1	Die Abgabe an das Streitgericht	893
2.2	Das Ende des Mahnverfahrens	893
2.3	Das weitere Verfahren	894
2.4	Die Entscheidung des Streitgerichts	894
7. Kapitel:	Das Urkunden-, Wechsel- und Scheckmahnverfahren	894

41. Teil

Arrest und einstweilige Verfügung

1. Kapitel:	Der vorläufige Rechtsschutz im Zivilprozess	895
1.	Endgültiger und vorläufiger Rechtsschutz	895
2.	Der Arrest	895
3.	Die einstweilige Verfügung	895
4.	Erkenntnisverfahren und Zwangsvollstreckung	896
5.	Sonstige Maßnahmen des vorläufigen Rechtsschutzes	896
6.	Der Gang der Darstellung	896
2. Kapitel:	Was den einstweiligen Rechtsschutz vom Klageverfahren unterscheidet	897
1.	Der Arrestprozess als besondere Prozessart	897
2.	Die Zuständigkeit für Arrest und einstweilige Verfügung	897
2.1	Das Gericht der Hauptsache	897
2.2	Das Amtsgericht der Zwangsbereitschaft	898
3.	Arrest- und Verfügungsgrund	898
4.	Der Streitgegenstand des einstweiligen Rechtsschutzes	898
5.	Die Rechtshängigkeit beim einstweiligen Rechtsschutz	899
6.	Die materielle Rechtskraft der vorläufigen Entscheidung	900
7.	Glaubhaftmachen statt Vollbeweis	900
7.1	Eine umfassende Beweiserleichterung	900
7.2	Die Behauptungs- und Beweislast im einstweiligen Rechtsschutz	901
7.3	Die Beschränkung auf präsente Beweise	901
7.4	Die Beweiswürdigung	902
8.	Die mündliche Verhandlung im einstweiligen Rechtsschutz	902
9.	Sonstige Abweichungen vom Normalprozess	902
10.	Die besondere Methode der rechtlichen Prüfung	903
11.	Der Arrestprozess und die allgemeinen Verfahrensregeln	903
3. Kapitel:	Was den Arrest von der einstweiligen Verfügung unterscheidet	904
1.	Das gesetzliche System	904
2.	Das Rechtsschutzziel	905
3.	Arrest- und Verfügungsanspruch	905
4.	Die Zuständigkeit für den einstweiligen Rechtsschutz	906

5. Die mündliche Verhandlung	907
6. Die Sicherheitsleistung	907
7. Die Vollziehung von Arrest und einstweiliger Verfügung	908
4. Kapitel: Die Voraussetzungen des Arrests	908
1. Dinglicher und persönlicher Arrest	908
2. Der Arrestanspruch	909
3. Der Arrestgrund	909
3.1 Für den dinglichen Arrest	909
3.2 Für den persönlichen Arrest	910
3.3 Kein Arrest für gesicherte Gläubiger	910
4. Der Arrestantrag	910
5. Kapitel: Die Voraussetzungen der einstweiligen Verfügung	911
1. Drei Möglichkeiten	911
2. Die Sicherungsverfügung	911
2.1 Der Verfügungsanspruch	911
2.2 Der Verfügungsgrund	911
2.3 Die überflüssige einstweilige Sicherung	912
2.4 Die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen	913
2.5 Nur Sicherung des Anspruchs, keine Erfüllung	914
2.6 Nur Sicherungsmaßnahmen gegen den Schuldner	914
3. Die Regelungsverfügung	914
3.1 Das streitige Rechtsverhältnis	914
3.2 Der Verfügungsgrund	914
3.3 Die vorläufige Regelung	915
4. Die Leistungsverfügung	915
4.1 Aus der Not geboren	915
4.2 Die Herausgabeverfügung nach verbotener Eigenmacht	916
4.3 Die Unterlassungsverfügung	916
4.4 Die Notleistung durch einstweilige Verfügung	917
4.5 Die Gegendarstellung durch einstweilige Verfügung	917
4.6 Kein Widerruf einer ehrverletzenden Behauptung durch einstweilige Verfügung	918
4.7 Die einstweilige Verfügung auf Abgabe von Willenserklärungen	918
5. Der Antrag auf einstweilige Verfügung	918
6. Kapitel: Die Schutzschrift	919
1. Eine vorsorgliche Verteidigung	919
2. Die Wirkung der Schutzschrift	919
7. Kapitel: Die Entscheidung über den Arrest- oder Verfügungsantrag	919
1. Die Prüfung des Gerichts	919
2. Die Ablehnung des Arrest- oder Verfügungsantrags	920
3. Der Erlass des Arrestbefehls oder der einstweiligen Verfügung	920
4. Der Inhalt des Arrestbefehls	920
5. Der Inhalt der einstweiligen Verfügung	921

8. Kapitel: Die Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen im Arrestprozess und Verfahren der einstweiligen Verfügung	923
1. Das gesetzliche System	923
2. Die vertragliche Regelung	923
3. Der Widerspruch gegen Arrest und einstweilige Verfügung	923
3.1 Der Rechtsbehelf des Schuldners gegen den Beschluss	923
3.2 Form und Frist des Widerspruchs	924
3.3 Der Teilwiderspruch	924
3.4 Verzicht, Rücknahme und Verwerfung des Widerspruchs	924
3.5 Das Rechtfertigungsverfahren nach Widerspruch	925
3.6 Die Entscheidung im Rechtfertigungsverfahren	925
3.7 Die Wirkung des Aufhebungsurteils	926
4. Das Rechtfertigungsverfahren nach § 942 vor dem Gericht der Hauptsache	926
4.1 Statt eines Widerspruchs	926
4.2 Der unzulässige Widerspruch	926
5. Die Beschwerde gegen den Ablehnungsbeschluss	927
6. Die Berufung gegen das Urteil im einstweiligen Rechtsschutz	927
7. Die Aufhebung der einstweiligen Maßnahme wegen Versäumung der Klagefrist	927
7.1 Ein außerordentlicher Rechtsbehelf	927
7.2 Der Antrag auf Bestimmung einer Klagefrist	927
7.3 Der zulässige Aufhebungsantrag	928
7.4 Der begründete Aufhebungsantrag	928
7.5 Die Entscheidung im Aufhebungsverfahren	929
7.6 Die Konkurrenz mit anderen Rechtsbehelfen	929
8. Die Aufhebung der einstweiligen Maßnahme wegen veränderter Umstände	929
8.1 Ein außerordentlicher Rechtsbehelf	929
8.2 Veränderte Umstände	930
8.3 Der zulässige Aufhebungsantrag	930
8.4 Der begründete Aufhebungsantrag	931
8.5 Die Entscheidung im Aufhebungsverfahren	931
8.6 Die Konkurrenz mit anderen Rechtsbehelfen	931
9. Kapitel: Die Vollziehung von Arrest und einstweiliger Verfügung	932
1. Die Voraussetzungen der Vollziehung	932
2. Die Vollziehungsfrist	932
3. Die Schadensersatzpflicht des Gläubigers	933

42. Teil

Die Kostenfestsetzung

1. Kapitel: Ein besonderes Verfahren zur Vollstreckbarkeit von Kostentiteln	934
2. Kapitel: Die Voraussetzungen der Kostenfestsetzung zwischen Prozessgegnern	934
1. Der Kostentitel	934
2. Der Streitwert	935

3. Kapitel: Der Gegenstand der Kostenfestsetzung zwischen Prozessgegnern	935
1. Die Kompetenz des Rechtspflegers	935
2. Die festzusetzenden Kosten	936
3. Die notwendigen Kosten	936
3.1 Der Maßstab der Vernunft	936
3.2 Das Recht der Partei auf einen Anwalt	937
3.3 Mehrere Anwälte nebeneinander	937
3.4 Mehrere Anwälte nacheinander	938
3.5 Jedem Streitgenossen sein eigener Anwalt	939
3.6 Der Anwalt in eigener Sache	939
3.7 Reisekosten und Zeitaufwand der Partei	939
3.8 Die Kosten der Prozessvorbereitung	939
4. Kapitel: Das Kostenfestsetzungsverfahren zwischen Prozessgegnern	941
1. Die Zuständigkeit des Rechtspflegers	941
2. Der Festsetzungsantrag	941
3. Das rechtliche Gehör des Antragsgegners	941
4. Die Bindung des Rechtspflegers an den Antrag	942
5. Der Kostenausgleich	942
5. Kapitel: Der Kostenfestsetzungsbeschluss zwischen den Prozessgegnern	942
1. Ein Vollstreckungstitel	942
2. Die Begründung	943
3. Die Zustellung	943
4. Das Rechtsmittel im Kostenfestsetzungsverfahren	943
5. Die Rechtskraft des Kostenfestsetzungsbeschlusses	943
6. Kapitel: Die Kostenfestsetzung zwischen Prozessanwalt und Mandant ..	944
1. Die gesetzliche Vergütung des Prozessanwalts	944
2. Die Zuständigkeit des Rechtspflegers	944
3. Der Festsetzungsantrag	944
4. Das Festsetzungsverfahren	944
5. Die Einwendungen des Mandanten gegen eine Festsetzung	944
6. Die Entscheidung des Rechtspflegers	945
7. Das Rechtsmittel gegen den Beschluss des Rechtspflegers	945

43. Teil

Das Verfahren für Wohnungseigentumsstreitigkeiten

1. Kapitel: Die Reform 2007: Zivilprozess statt freiwilliger Gerichtsbarkeit	946
2. Kapitel: Die Zuständigkeit für Wohnungseigentumsstreitigkeiten	946
3. Kapitel: Die Wohnungseigentumsstreitigkeiten	947
4. Kapitel: Die Verfahrensbeteiligten	949
1. Die Parteien einer Wohnungseigentumsstreitigkeit	949
2. Die Beiladung in Wohnungseigentumsstreitigkeiten	949

5. Kapitel: Von der Klage bis zum Urteil	950
1. Die Klage in Wohnungseigentumsstreitigkeiten	950
2. Ein Amtsgerichtsprozess mit Abweichungen	950
3. Das Urteil in Wohnungseigentumsstreitigkeiten	951
4. Das Rechtsmittel in Wohnungseigentumsstreitigkeiten	951
6. Kapitel: Die Anfechtung fehlerhafter Beschlüsse der Wohnungseigentümer	952
1. Eine Wohnungseigentumsstreitigkeit	952
2. Der Mehrheitsbeschluss der Wohnungseigentümer	952
3. Der fehlerhafte Beschluss der Wohnungseigentümer	953
4. Die Anfechtung des fehlerhaften Beschlusses der Wohnungseigentümer	954
4.1 Die Anfechtungsklage	954
4.2 Die Parteien des Anfechtungsprozesses	955
4.3 Die Klagefristen	955
4.4 Die Entscheidung über die Anfechtungsklage	956
5. Der einstweilige Rechtsschutz für Wohnungseigentumsstreitigkeiten	957
<i>Sachregister</i>	959